

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Feiertage: Ernst Wittrmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Hattler, Magdeburg. Druck und Verlag von E. Hattler & Co., Magdeburg. Vertriebsstelle: St. Ansgarstr. 3, Bismarckstr. 1567. Redaktion und Druckerei: St. Ansgarstr. 3, Bismarckstr. 1794, für Druckerei 961

Abonnementpreise: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 1 Mk. 10 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 1 Mk. 10 Pf. Einzelhefte 25 Pf. Bei den Postämtern 25 Pf. Postgebühren. Einzelhefte 25 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreise: die sechsblättrige Beilage 15 Pf., andernorts 25 Pf., im Resteliste Seite 50 Pf. — Sonntagsblätter Seite 40 Pf.

Nr. 258.

Magdeburg, Dienstag den 3. November 1908.

19. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

## Bülows Abschiedsgesuch.

Am 28. Oktober veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Bülow's offizielles Rundstück, die Enthüllungen des Londoner „Daily Telegraph“. Ohne Zweifel in der Erwartung, daß der Reichskanzler für die Neußerungen des Kaisers Lob, Dank und Anerkennung allüberall ernten werde. Das Gegenteil trat ein. Zur größten Ueberraschung des genialen Staatsmanns, der der erste und allein verantwortliche Beamte des Deutschen Reiches ist, setzte ein Sturm der Presse ein, der so einmütig war, wie er international ist. Darob Entsetzen im Reichskanzler-Palais. Und drei Tage lang Schweigen. Erst am Sonnabend nachmittag vermag sich das Kanzlerorgan zu folgender Mitteilung aufzuraffen:

Ein großer Teil der ausländischen und inländischen Presse hat wegen des im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Artikels kritische Betrachtungen gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers gerichtet, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, der Kaiser hätte die Publikation ohne Vorwissen der für die Politik des Reiches verantwortlichen Stelle beantragt. Diese Annahme ist unbegründet.

Se. Majestät der Kaiser hatte von einem englischen Privatmann mit der Bitte, die Veröffentlichung zu genehmigen, das Manuskript eines Artikels erhalten, in dem eine Reihe von Gesprächen Sr. Majestät mit verschiedenen englischen Persönlichkeiten und zu verschiedenen Zeiten zusammengefaßt war. Jener Bitte lag der Wunsch zugrunde, die Neußerungen Sr. Majestät einem möglichst großen Kreis englischer Leser bekanntzugeben und damit den guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu dienen.

Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler gelangen, der das Manuskript dem Auswärtigen Amt mit der Weisung übergab, dasselbe einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachdem in einem Bericht des Auswärtigen Amtes Bedenken nicht erhoben worden waren, ist die Veröffentlichung erfolgt.

Als der Reichskanzler durch die Publikation des „Daily Telegraph“ von dem Inhalte des Artikels Kenntnis erhielt, erklärte er Sr. Majestät dem Kaiser: er hätte den Entwurf des Artikels nicht selbst gelesen; andernfalls würde er Bedenken erhoben und der Veröffentlichung widersprochen haben; er betrachte sich aber als für den Vorgang allein verantwortlich und bedürfe ihm unterstellten Ressorts und Beamten. Gleichzeitig unterbreite der Reichskanzler Sr. Majestät dem Kaiser sein Abschiedsgesuch.

Se. Majestät der Kaiser hat diesem Gesuch keine Folge gegeben, jedoch auf Antrag des Reichskanzlers genehmigt, daß dieser durch Veröffentlichung des oben dargestellten Sachverhalts in die Lage versetzt werde, den ungerechten Angriffen auf Se. Majestät den Kaiser den Boden zu entziehen.

Diese offiziöse Erklärung stellt einen Versuch dar, die Angriffe der Presse und der Parteien von der Person des Kaisers auf den Reichskanzler und das Auswärtige Amt abzuwenden. Der Reichskanzler hat gleichzeitig nach Möglichkeit dafür gesorgt, sich gegen diese Angriffe zu panzern. Er hat mit konstitutioneller Gebärde sein Amt zu den Stufen des Thrones niedergelegt, um es sofort wieder aufzuheben.

So wäre alles auf dem besten Wege. Der Kanzler deckt den Kaiser durch seine Verantwortung, der Kaiser stützt den Kanzler durch sein Vertrauen, und in ein paar Wochen redet kein Mensch mehr von der ganzen Geschichte. Alles bleibt, wie es gewesen ist. Darauf ist die offiziöse Erklärung angelegt, und es ist nach der Psychologie unserer bürgerlichen Schichten nicht unwahrscheinlich, daß sie diesen Zweck auch erreicht.

Einstweilen allerdings dauert der Lärm in der bürgerlichen Presse noch fort. Ja er hat sich sogar gesteigert, denn die Zumutungen, die die offiziöse Erklärung an die Gutmütigkeit und Glaubensstärke der Leser stellt, übertreffen alles Dagewesene. Das Auswärtige Amt mit dem Reichskanzler an der Spitze wird dargestellt als eine Gesellschaft von Blinden und Tauben, die sich damit beschäftigen, aus Papiere Pakete zu machen und sie an beliebige Adressen zu schicken.

Im „Berliner Tageblatt“ wird erzählt, das Unglücksmanuskript sei erstens in englischer Sprache verfaßt und zweitens sehr eng geschrieben gewesen, darum gab es Bülow — der damals noch in Norderny war —, ohne es gelesen zu haben, einem Herrn, der zufälligerweise bei ihm als Vertreter von irgendwem Dienst hatte:

dem Gesandten v. Müller aus dem Haag. Dieser Herr v. Müller, der sich gleichfalls auf Geschriebenes schlecht versteht, schickte das Papier nach dem Auswärtigen Amt, dessen Chef, Herr v. Schön, damals in Verchtesgaden weilte. Nun geriet das Schriftstück an einen Beamten, „der sich der Wichtigkeit der Sendung ersichtlich nicht bewußt war“. Dieser ahnungslose Engel, der nicht begriff, was in allen unabhängigen Zeitungsredaktionen der Welt sofort erfährt wurde, berichtete nach Norderny, daß die Veröffentlichung „unbedenklich“ sei. Darauf nahm der Reichskanzler einen Briefbogen und schrieb an den Begleiter des Kaisers, den Gesandten v. Zenisch, daß die Veröffentlichung „unbedenklich“ sei. Mit diesem Vermerk kam der enggeschriebene Artikel, der zweimal ungelesen die Hände des Reichskanzlers passiert hatte, zurück, und nun nahm das Unheil seinen Lauf. Mindestens vier gelehrte und hochbezahlte Diplomaten haben dabei „mitgewirkt“. Es ist noch ein Glück zu nennen, daß das schicksalshwangere Schriftstück keine Kriegserklärung enthielt.

Es ist selbstverständlich, daß die ausländische Presse in den nächsten Tagen zu dieser netten Erzählung einige nicht allzu respektvolle Ausführungen machen wird. Gerade im Ausland wird durch die offiziöse Erklärung der Skandal nur noch vergrößert werden, denn im Ausland kümmert man sich nicht im mindesten darum, ob der deutsche Kaiser das Manuskript von Artikeln, die er schreiben läßt, dem Reichskanzler zeigt oder nicht zeigt. Mit solchen auf das Sentiment des Spießbürgers berechneten Ausflüchten macht man dort nicht den allermindesten Eindruck. Man wird dort vielmehr bloß sagen, daß sich die deutsche Diplomatie durch ihre eigne Erklärung zur komischen Figur von Europa gemacht hat, und dementsprechend wird man sie auch behandeln.

Auch in Deutschland wird sich kein ruhiger Beobachter der Verhältnisse einreden lassen, daß Wilhelm 2. in seinen politischen Handlungen den Rat des Reichskanzlers befolgte und daß dieser für die temperamentvollen Aktionen des Monarchen ein irgendwie nennenswertes Hindernis biete. Der deutsche Kaiser würde den Mann, der ja vollständig von seiner Gnade abhängt, längst aus dem Wagen gefeßt haben, wenn er seiner kaiserlichen Politik irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen wagte. Aus diesem Verhältnis allein würde es schon erklärlich scheinen, daß der Reichskanzler den Artikel für den „Daily Telegraph“ passieren ließ. Er und das Auswärtige Amt fühlen sich in der Hauptsache als kaiserliche Kurier und gehorsame Vollzieher der ihnen erteilten Befehle.

Wilhelm 2. hat den Rat des Reichskanzlers — es war damals Onkel Chlodwig, der alte Hohenlohe — schwerlich eingeholt, als er — was nun als geschichtliche Tatsache feststeht — mit seinem Generalstab einen Kriegsplan zur Verwirklichung des Burenkrieges ausarbeitete. Er hat auch kaum den Beifall eines verantwortlichen Ratgebers gefunden, als er die vertraulich mit Frankreich und Rußland geführten Verhandlungen an seinen Onkel nach London deponierte. Was er getan und was er darüber mit englischen Politikern gesprochen hat, ist durch keine Ministerverantwortung gedeckt. Die durchaus unrichtige Behauptung, die Mehrheit des deutschen Volkes — was der Kaiser die „untern Schichten“ nennt — sei englandfeindlich, hätte nicht aufgestellt werden können, wenn der Kaiser den Rat verantwortlicher und unterrichteter Personen eingeholt hätte.

Wir begreifen das Empfinden jener bürgerlichen Presse, die von einer „schwarzen Woche“, von einem „schwarzen Sonntag“ spricht, wiewohl wir dieses Empfinden nicht teilen. Dieser „schwarze Sonntag“ ist für die deutschen Arbeiter ein „roter Sonntag“, ein Tag mächtiger Wahlrechtsdemonstrationen in den großen Städten Sachsens gewesen. Das deutsche Proletariat sieht wohl den Abstieg, der sich vollzieht, aber es hat keinen Anteil an ihm, sondern ist mehr denn je erfüllt vom Gefühl des Wachstums und des Aufstiegs. Nützlich und lehrreich ist es aber für alle Welt, zu sehen, wie vortrefflich jene Diplomaten regieren, die dem Volke sein Recht verweigern, weil dieses Recht „mit dem Staatswohl nicht vereinbar“ sein soll.

## Fort mit Bülow.

Die Blätter der verschiedensten bürgerlichen Parteidrichtungen sind einig darin, dem Reichskanzler einen baldi-

gen Nachfolger zu wünschen. Mit scharfen Worten tut es die „Berliner Morgenpost“:

Nicht in Serbien, nicht in der Türkei wäre es denkbar, daß der höchste Beamte des Reiches, der geleglich bestellte Vertrauensmann des Herrschers, ein ihm von diesem unmittelbar zur Prüfung übergebenes Schriftstück nicht sofort persönlich liest, sondern es an einen untergeordneten Beamten weitergibt. Wozu ist denn sonst Fürst Bülow da? Wo für wird er bezahlt? Der Reichstag kann auf Bülow's ungläubliche Handlungsweise, nach Ablehnung des Abschiedsgesuchs durch den Kaiser, nur eine würdige Antwort geben: die Verweigerung des Gehalts des Reichskanzlers bei der Budgetdebatte. Mag der dann, wie es einst Bismarck androhte, zum Nabi gehen und sein Gehalt einflagen.

Vorsichtiger, aber nicht weniger deutlich, äußert sich die „Germania“, das Zentrumblatt:

Wir tragen keine Sehnsucht nach dem Sturze des Fürsten Bülow, aber wir möchten einen Reichskanzler, der fähig ist, der deutschen Politik nach innen wie nach außen mehr Stetigkeit zu verschaffen und ihr das Vertrauen der andern Mächte zu gewinnen.

Sogar die freikonservative „Post“ meint:

Statt der wünschenswerten Beruhigung aller politischen Kreise, die während der letzten Tage in eine Aufregung gerieten, deren Berechtigung bis zu einem gewissen Grade verstanden und nicht mißbilligt werden kann, werden nach dem Bekanntwerden des von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Mitgeteilten erst recht Zweifel und Mißbehagen um sich greifen. Die Angriffe auf die verantwortliche Leitung der auswärtigen Politik werden jetzt erst recht weiter fortgesetzt werden. Obwohl der Kaiser dem Abschiedsgesuch des Kanzlers keine Folge gegeben hat, muß man doch mit einer Kanzlerkrisis rechnen.

Selbst die treueste der Treuen, die „Vossische Zeitung“, spricht jetzt von einem „Vorgang, für den es in der politischen Geschichte schwerlich ein Beispiel gibt“.

Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ nennt die lustige Aufklärung des Kanzlers eine „Katastrophe“. Sie richtet einen Appell an den Reichstag und alle wirklich monarchischen Männer:

Es bleibt bestehen, daß der Kaiser im Gespräch mit Ausländern England fruchtlos umworben und dabei Interna der internationalen Politik beredet hat, die von ihm besser unbesprochen geblieben wären, und es bleibt bestehen, daß er dabei seinen Feldzugsplan gegen die Buren enthüllt, dessen Bekanntwerden ihm und uns nur Gegner schaffen konnte, besonders in den Niederlanden, die sich in letzter Zeit wieder freundlicher zu uns gestellt hatten. Auch in der amtlichen Darstellung verliert der ganze Vorgang nicht den Charakter einer kaiserlichen Aktion, bei der der Reichskanzler unwirksam beiseite steht und das Auswärtige Amt die Rolle eines schlechten oder feigen oder ohnmächtigen Ratgebers spielt.

Es ist die Pflicht wirklich konservativer und wirklich monarchischer Männer in diesen Tagen, zu sagen, was ist, und Besserung zu erzwingen; denn so, wie bisher, kann es nicht weitergehen. Die Kaiserunterredung und die obige offiziöse Auslassung sind Marksteine, die auch dem Vertrauensseligsten den Atem benehmen und zur Einkehr mahnen müssen. Wir hoffen, daß sich im Reichstag Männer aus allen Parteien finden, die den Mut und die Einsicht haben, die Forderung (die Einheitlichkeit der Politik unter voller und alleiniger Verantwortung des leitenden Staatsmanns. Die Red.) zu vertreten und rücksichtslos durchzusetzen. Die Zeit des Hoffens und Harrens muß vorbei sein, es muß Ernst gezeigt werden. Des Vaterlandes Wohl ist das höchste Gesetz, und nur der dient seinem Land ehrlich, der mithilft, unsere Politik aus der Bahn der Unberechenbarkeit und Ueberraschungen wieder in sicheres, festes Geis zu führen.

Das offiziöse Aktienstück, das uns das betrübliche Wortkommis in nüchternem Lichte zeigen soll, wirkt auf die meisten nicht tröstlich, sondern sie entmutigen, ja fassungslos machen darüber, daß so etwas bei uns möglich ist! Es ist vielleicht der bitterste Tropfen aus dem Kelche dieser schwarzen Woche; aber er muß hinunter. Und dann gilt es, aus der bitteren Erfahrung die Lehre zu ziehen und aus dem Unglück das Beste herauszuholen. Das aber ist und kann nur sein: Die Erzwingung einer von persönlicher Stimmung und Empfindlichkeiten unberührten, verantwortlichen, einheitlichen, stillen und tapfern deutschen Politik.

Die ebenfalls alldeutsche „Deutsche Zeitung“:

Nun sind wir am Ende. Es kann gar nicht anders sein: Eine neue Ära muß heraufziehen. Es werden manche Opfer fallen. Der Reichskanzler wankt. Und das Auswärtige Amt ist so bloßgestellt, daß man eine völlige Neuordnung und Neuorganisation für unvermeidlich halten muß. Um uns und um sie alle tut es uns namentlich leid: Um den Kaiser, um den Kanzler, um das hart geprüfte deutsche Volk.

Die bisher bülowtreue „Freisinnige Zeitung“:

Die Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ soll dazu dienen, ungedachten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen. Schön, aber desto gerechter sind die Angriffe, die aus dem ganzen klümmerten Handel gegen die leitenden und verantwortlichen Männer unserer Regierung zu erheben sind. Mit dem Fürsten Bülow wird der Reichstag alsbald ebenso wie mit den Herren vom Auswärtigen Amt ein ernstes Wort sprechen.

Die agrarisch-konservative „Deutsche Tageszeitung“ jammert:

Daß diese Erklärung einen sehr peinlichen Eindruck macht, kann nicht verschwiegen werden. Durch sie ist die ganze

Die Antwort auf die Kröherei.

In einer Massenversammlung nahmen am Sonntag die Berliner Parteigenossen die Fortsetzung der gewalttätig abge-

Strafendemonstrationen in Sachsen.

Am Sonntag hat das sächsische Volk auf der Straße das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gefordert.

Dem Zuge voran wurde eine Fahne aus dem Sturmjahr 1848 getragen. Zahlreiche Tafeln, die im Zuge getragen wurden, zeigten in großen Lettern die Forderung nach dem geheimen Wahlrecht.

Weiter wird von wichtigen Demonstrationen aus Mittweida, Meißen, Burgstädt, Löbau, Plauen, Reichenbach, Frankenberg und aus vielen andern Orten berichtet.

Deutschland.

Die Folgen der Lichtsteuer. Im Falle der Annahme der Lichtsteuer in den bisher bekannt gewordenen Sätzen würde die Stadt Karlsruhe in diesem Jahre an Gas- und Elektrizitätssteuer 96 000 Mfr. zu zahlen haben.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf über die Gebühren der Medizinalbeamten zugegangen.

Die gewasföhre Polizei. Einen launigen Streich spielten die hantüverischen Genossen der Polizei.

In dem Vernehmungsgesetz gegen 52 Grubenbeamte, Steiger und Arbeiter der königlichen Grube "Recken" im Saarrevier, der in der vorigen Woche die Strafkammer des Saarbrücker Landgerichts beschuldigte, wurde am Sonntag nachmittags das Urteil verkündet.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der achte Kongress der sozialistischen Gemeinderäte Belgiens wurde am Sonntag in Brüssel abgehalten.

In einem nicht minder bedenklichen Licht erscheint Fürst Bülow. Er kennt seinen kaiserlichen Herrn besser als vielleicht irgend sonst jemand auf der Welt.

Die Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ soll dazu dienen, ungerichteten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen.

Die „Aölnische Volkszeitung“, das führende Blatt des rheinischen Zentrums:

Die Nichtannahme seines (des Reichskanzlers. Die Red.) Entlassungsgeheiß schließt die Akten über diesen sensationellen Zwischenfall in keiner Weise, weder nach der Seite der innern, noch nach der Seite der auswärtigen Politik.

Soweit die Auszüge aus der preussischen Presse. Die süddeutsche ist womöglich noch schärfer.

Was das Ausland denkt.

Die ausländische Presse ist ob der Enthüllungen der „Norddeutschen“ über die Enthüllungen starr vor Staunen.

Wenn ein ernsthafter und gut informierter Journalist diese Geschichte erzählte, so würde man sie nicht glauben.

Was andre Pariser, was Londoner, Petersburger und italienische Blätter sagen, müssen wir uns sparen. Es ist allzu deutlich.

Ein Staatssekretär wird unwohl.

Die Sperlorete bringt folgende Notiz: Der Staatssekretär des Reiches, Herr v. Schön, ist am Sonntagabend, kurz bevor er den Tag bei dem Kaiser im Hofgarten zu verbringen beabsichtigte, von einem heftigen Unwohlsein befallen worden.

Die ungewöhnlich die Ueberlastung durch Dienstgeschäfte bei den kaiserlichen Beamten des Auswärtigen Amtes ist, hat die Erzählung Bülow's ja zur Genüge bewiesen.

Es folgen Angriffe auf den Kaiser, die so heftig sind, daß wir nach der „Verbesserung“ des Majestätsbeleidigungsparagraphen Bedenken tragen müssen, sie auch nur referierend abzubringen.

So ist's wenigstens im Augenblick geplant, und so kommt's vielleicht auch, trotz oder wegen des Lärmes, den die kaiserliche Presse jetzt schlägt.

höfe Angelegenheit kaum besser, sondern eher schlimmer geworden. Das Unheil ist geschehen. Wir stehen nicht an, offen zu sagen, daß wir seit der Gründung des Deutschen Reichs kaum ein peinlicheres Vorkommnis erlebt haben.

Das linksliberale „Berliner Tageblatt“ findet, daß der Versuch, die gegen Wilhelm 2. gerichteten Angriffe als ungerechtfertigt hinzustellen, durchaus mißglückt sei:

Durch die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und durch die Aufstellung des Tatbestandes wird keiner jener bedauerlichen Vorgänge aus der Welt geschafft, und es bleibt leider bestehen, daß der Kaiser seinem Anteil die vertraulichen französisch-russischen Vorschläge telegraphisch mitgeteilt und daß er den englischen Generalen einen Feldzugsplan gesandt hat.

Selbst die nationalliberalen Blätter werden energisch. Da sind die scharfmacherischen „Samburger Nachrichten“:

... Ist es glaubhaft, daß das deutsche Auswärtige Amt, als es die ihm vom Reichskanzler anbefohlene sorgfältige Prüfung des Manuskripts zu dem Artikel vornahm, der später im „Daily Telegraph“ erschien, nicht sofort die großen Gefahren erkannt hätte, die mit dessen Veröffentlichung verknüpft sein würden?

Der nationalliberale „Sannoversche Courier“:

Ist es vorstellbar, daß der nach der Verfassung dem Reichstag verantwortliche Reichskanzler vor diesen hintritt und in der Rolle des reuigen Bürgers — oder etwa gar in der des geistreichen Caujeurs?!

Die nationalliberale „Braunschweigische Landeszeitung“:

... Denn wenn eine diplomatische Beförderung, deren Aufgabe es vor allen Dingen ist, die Tragweite von politischen Handlungen abzuschätzen und ihre vorauszusicheren Wirkungen zu berechnen, sich als so wenig klarsehend und weitsehend erweist, um erkennen zu können, welcher Schaden der deutschen Politik und dem Kaiser aus einer solchen Bekannmachung drohe, so hat sie sich kaum ein ärgeres Zeugnis, ausgestellt, welches sie unmöglich macht.

Die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt einen Leitartikel, den sie „Die tragikomische Geschichte einer Kanzlerkrisis“ betitelt. Wir zitieren:

In allen Kulturstaaten, die sich einer Verfassung erfreuen, wird diese tragikomische Geschichte entweder ein allgemeines Schmunzeln des Kopfes oder ein homerisches Gelächter auslösen.

Wenn die Kaiser-Verantwortungsbefreiung, verbindlich und verbindlich ist, so kann durch einen Umstand nichts schaden. Diese Eigenschaften besitzen aber offenbar die jetzigen Geheimräte unseres Auswärtigen Amtes nicht.

Es folgen Angriffe auf den Kaiser, die so heftig sind, daß wir nach der „Verbesserung“ des Majestätsbeleidigungsparagraphen Bedenken tragen müssen, sie auch nur referierend abzubringen.

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 258.

Magdeburg, Dienstag den 3. November 1908.

19. Jahrgang.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus

7. Sitzung.

Sonnabend den 31. Oktober, vorm. 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

#### Entscheidung über den Protest des Abg. Hoffmann (Soz.)

gegen die ihm erteilten Ordnungsrufe.  
Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Borgmann (Soz.), diese Entscheidung bis zum Schlusse der Sitzung zurückzustellen, bis der stenographische Bericht über die gestrige Sitzung vorliegt. Er beruft sich auf einen ähnlichen Vorgang im Reichstag im Jahre 1902.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Ich widerspreche, wir sind über den Inhalt der Hoffmann'schen Rede genau informiert. (Zustimmung rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der gestrigen Sitzung vier Herren aus verschiedenen Parteien mich gefragt haben, was ich denn eigentlich gesagt habe. Sie können doch nicht über die Ordnungsrufe entscheiden, wenn der Bericht nicht vorliegt; sonst fassen Sie einen Entschluß, der auf Ihrer Macht beruht, aber nicht auf der Gerechtigkeit (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Krause (Königsberg, natl.): Die Geschäftsordnung ist das Gesetz des Hauses. Der Gesetzgeber hat sicherlich den Fall vorgegeben, daß die Berichte nicht schon am nächsten Tage gedruckt sein können. Trotzdem hat er bestimmt, daß schon am folgenden Tag über die Sache entschieden werden soll; daran haben wir uns zu halten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Auch wir wollen die Sache heute erledigen, aber am Schlusse der Sitzung. Wenn Sie noch einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl haben, dann müssen Sie unsern Wunsch nachkommen. (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Porzsch (Ztr.): Um die Meinungen des Abgeordneten Hoffmann vollständig würdigen zu können, müßte man die ganze Rede im Zusammenhang lesen. Die Geschäftsordnung schreibt uns aber vor, daß wir ohne andre Rücksichten jetzt entscheiden müssen.

Abg. Strosser (kons.): Wir haben nicht die allergeringste Ursache, diesen Verschleppungsantrag anzunehmen. Herr Hoffmann hat ja so eine Stimme, daß man seine Äußerungen genau versteht, und dann ist seine Rede ja heute in allen Zeitungen. Es konnte sich also jeder informieren. (Beifall rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir verwahren uns ganz entschieden dagegen, die Sache verschleppen zu wollen; wir verlangen heute eine Beschlußfassung. (Beifall b. d. Soz.) Wenn Sie unsern Antrag nicht annehmen, dann geben Sie zu, daß Sie im Unrecht sind. (Lachen rechts und im Zentrum.)

Abg. Hirschbeck (Frei. Vp.): Vom Standpunkte der Minderheit müssen wir verlangen, daß streng nach der Geschäftsordnung gehandelt wird; auf der andern Seite darf man nicht verkennen, daß der Abg. Hoffmann ein Interesse daran hat, daß seine Worte authentisch festgestellt werden. Wir halten es für gleichgültig, ob jetzt oder später über die Sache entschieden wird. (Beifall links.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Daß Sie nicht unterrichtet sein können, weswegen ich den Ordnungsrufe bekommen habe, geht auch aus den Zeitungsberichten hervor, in welchen steht, daß ein Teil des Zentrums und der Konservativen während meiner Rede demonstrativ den Saal verlassen hat. Wie wollen die Herren dann wissen, warum ich zur Ordnung gerufen wurde?

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich bin der Meinung, daß nicht derjenige, der die Beschwerde eingelegt hat, darüber zu entscheiden hat, ob wie genügend informiert sind. Das muß Herr Hoffmann schon dem Gewissen derer überlassen, die über den Einspruch zu entscheiden haben, ob sie sich für genügend informiert halten. Wer nicht genügend informiert ist, wird, wie ich annehme, an der Beschlußfassung nicht teilnehmen. (Lachen b. d. Soz.) Wenn Herr Hoffmann uns zurief: Wenn Sie auf meinen Vorschlag nicht eingehen, schlagen Sie der Gerechtigkeit ins Gesicht, so ist das eine Behauptung, die ich nach Form und Inhalt entschieden zurückweisen muß. (Bravo! b. d. Mehrheit.)

Der Antrag Borgmann (Soz.), den Punkt 1 der Tagesordnung hinter Punkt 2 zurückzustellen, wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen abgelehnt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich ziehe nun meinen Antrag für heute zurück und behalte mir vor, ihn wieder einzubringen. (Große Heiterkeit.)

Präs. v. Kröcher: Ich bin der Meinung, daß es nach der Geschäftsordnung nicht zulässig ist, einen Einspruch zurückzugeben, der schriftlich eingereicht ist.

Abg. Dr. Porzsch (Ztr.): Jedenfalls hat Herr Hoffmann dann nicht das Recht, noch einmal diese Beschwerde einzubringen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Nach diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Porzsch halte ich dies für besser, wenn Sie heute Farbe bekennen und halte meinen Einspruch aufrecht. (Große Heiterkeit.)

Zu der Abstimmung werden hierauf alle drei Einsprüche zurückgewiesen. Gegen die Zurückweisung stimmen außer den Sozialdemokraten bei dem ersten und dritten Ordnungsrufe alle Freisinnigen, bei dem zweiten nur der freisinnige Abg. Fleck. Alsdann wird die

#### Beratung der Steuerverlagen

fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (Frei. Vp.): Wir sind prinzipiell für die Einkommensteuer und ihre Erhöhung. Wir verlangen aber die Einkommensteuer für das Reich und sehen daher in der Vorlage eine Erhöhung der Reichsfinanzreform. Aus der Gesellschaftsteuer müssen jedenfalls die Gewerkschaften herausgenommen werden. Herr Herold hat die Frage des Wahlrechts berührt. Herr v. Jedlich meinte, die Sache habe keine Eile. Das verheißt ich vom Standpunkte dessen, der im glücklichen Besitz ist. Aber wir haben ein großes Interesse daran, daß die Reform möglichst bald durchgeführt wird, schon im Hinblick auf eine ja immer mögliche Auflösung infolge eines Konflikts. Ich freue mich, daß Herr Dr. Arendt jetzt für die geheime Wahl eintritt. Diese ist notwendig, um dem Terrorismus zu begegnen, wie er bei den letzten Wahlen von der Sozialdemokratie geübt wurde. (Widerspruch b. d. Soz.) Die Erklärung in der Thronrede ist gewiß ein Fortschritt. Freilich meinen wir, daß Vorarbeiten in dieser Frage reichlich genug getan sind. Man sollte jetzt aus den Erwägungen zum Handeln übergehen. (Bravo! links.) Ich hoffe, daß wir uns bald hier zusammenfinden in dem Entschluß, das geltende Wahlrecht auszubauen und umzugestalten zu einem Fortschritt. (Zuruf b. d. Soz.: Auszugestalten?) Abg. Dr. Wiemer: Umzugestalten. (Bravo! links.)

Abg. v. Arnim (kons.): Die Frage des Wahlrechts steht mit dieser Frage in so loser Verbindung, daß ich keinen Anlaß habe, jetzt darauf einzugehen.

Redner polemisiert im übrigen gegen finanztechnische Ausführungen der Vorredner.

Abg. Dr. Pachnide (Frei. Vp.): Die Drohung des Herrn Finanzministers: entweder dauernde Mehreinnahmen oder keine

Verföhrungsverbodungen, kann uns nicht beeinflussen. Er fügt nur zu der finanziellen Schwierigkeit noch eine konstitutionelle. Das Vorgehen der Regierung sieht so aus, als ob man rasch die Hand auf die Vermögenssteuer legen will, um sie dem Reiche zu entziehen. (Sehr richtig! links.) Das heutige Wahlrecht kann unmöglich bleiben wie es ist; es wirkt geradezu lächerlich. Nicht nach Weis, nach Strafen und mehr nicht richtet sich heute das Wahlrecht. (Sehr richtig! links.) Und die Deffenlichkeit der Wahl bedeutet einen Zwang zur Heuchelei. (Richtig! links.) Das hat der Terrorismus der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen bewiesen. Werden doch die Freunde von dieser aufgefordert, gegen die Gegner den Kampf bis zur wirtschaftlichen Vernichtung zu führen. Die Sozialdemokratie hat dadurch das Recht verurteilt, über Vergewaltigung zu klagen, denn sie vergewaltigt selbst. (Große Unruhe b. d. Soz.) Aber die Mehrheit macht sich zum Mitschuldigen. (Hol rechts.) Wenn ich jemand ein Gewehr in die Hand gebe, darf ich mich nicht wundern, daß damit geschossen wird. (Sehr richtig! b. d. Frei.) Die Reform des Wahlrechts ist dringende Notwendigkeit. Wir werden einen Beschluß herbeizuführen suchen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, der einen Stützpunkt bieten soll für die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts. Ich erinnere an das Wort des österreichischen Ministerpräsidenten: Das Geheimnis der Staatskunst liegt in der rechtzeitigen Schaffung von Uebergängen. (Bravo! b. d. Frei.)

Frhr. v. Rheinbaben: Ich will es mir versagen, auf die Frage der Wahlreformen einzugehen. (Zuruf links: Warum?) Sie steht mit den Steuervorlagen doch nur in sehr losem Zusammenhang. (Unruhe links.) Im übrigen muß ich dabei bleiben, daß so hohe dauernde Ausgaben, wie sie hier beschloffen werden sollen, auch ihre Deckung in dauernden Einnahmen finden müssen. Wenn die Vermögenssteuer den Einzelstaaten genommen würde, wie sollten sie dann ihre großen dauernden Ausgaben überhaupt decken. Die Kulturtaufrage der Einzelstaaten müßte darunter notwendigerweise leiden.

Abg. v. Saß-Jaworski (Pole) betont, daß die Ostmarkenpolitik schuld daran sei, wenn das Volk neu belastet werden müßte. Die Millionen, die im Osten zum Fenster hinausgeworfen würden, können besser für Kulturzwecke verwendet werden.

Abg. Dr. Köchling (natl.) wendet sich gegen die nachträgliche Erhebung des Steuerzuschlags für das Jahr 1908. Wir bestreiten nicht, daß dauernde Ausgaben dauernde Einnahmen fordern. Hier handelt es sich aber darum, ob neue Einnahmen nötig sind. Die Schlusfolgerungen des Finanzministers können wir ohne Unterlagen nicht nachprüfen. Es schweigt alles in der Luft. Redner spricht sich des weitern gegen die Gesellschaftssteuer aus.

Abg. Graf Moltke (freikons.) bleibt auf der Tribüne vollkommen unverständlich.

Abg. Dr. Gerschel (Frei. Vp.) wendet sich gegen die Gesellschaftssteuer. Die Steuer belastet einseitig das mobile Kapital; sie bedeutet eine Doppelbesteuerung und entspricht nicht der neuerlichen Gerechtigkeit. Für die Familie Gruppe erhöht sich dadurch die Besteuerung einschließlich der kommunalen Steuer auf 37 Prozent ihres Einkommens. Das kommt zweifellos einer Konfiskation des Einkommens sehr nahe.

Finanzminister v. Rheinbaben glaubt nicht, daß die schweren Wirkungen eintreten werden, die man von der Gesellschaftssteuer befürchte.

Abg. Hirsch (Soz.): Graf Moltke hat gefragt, was ein Sozialdemokrat an der Spitze des Finanzministeriums für Steuern vorschlagen würde. Es handelte sich wohl dabei nur um eine akademische Frage (Heiterkeit), jedenfalls für die Zeit der gegenwärtigen Legislaturperiode. (Erneute Heiterkeit.) Meine persönliche Meinung darüber ist die, daß ein sozialdemokratischer Finanzminister zunächst für die Auflösung des Reichstags und für Neuwahlen unter der Parole . . . (Abg. Dr. Arendt: Also Staatsstreich!) Die Auflösung des Reichstags ist niemals ein Staatsstreich gewesen. (Zuruf rechts.) Sie haben mich nicht ausreden lassen. Ein sozialdemokratischer Minister, sagte ich, würde also dafür sorgen, daß das Parlament aufgelöst wird, und daß unter der Parole: Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht, Neuwahlen angeordnet werden. Dann würde ein Parlament zustande kommen, das vorausichtlich für die Zwecke, für die Sie heute Millionen bewilligen, nichts übrig haben würde. Wir würden dann zu der Sparjamkeit gelangen, die von so vielen Seiten dieses Hauses gewünscht wird. — Graf Moltke hat dann über den Münchener Parteitag und die Budgetbewilligung die Rechte gesprochen. Ich will darüber nur folgendes sagen: So verschieden auch die Ansichten über die Budgetbewilligung unter den Delegierten in Nürnberg gewesen sind, so hat doch darüber volle Einigkeit unter den Mitgliedern des Parteitags geherrscht, daß man

#### dießen preussischen Staate niemals auch nur einen Pfennig

bewilligen dürfe. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der preussische Eisenbahnminister meinte neulich, es komme uns nur darauf an, alles heranzureißen. Dieser Vorwurf, daß wir keine positive Arbeit leisten, ist durch die Tatsachen längst widerlegt. Im preussischen Parlament ist es uns freilich bisher noch nicht möglich gewesen, Proben unserer praktischen Arbeit abzulegen, da wir bisher gewaltsam von ihm ferngehalten wurden. Auch kann es niemals Aufgabe einer Partei, die durch ein blutokratisches Wahlrecht in die Minorität gedrängt wird, sein, positiv zu arbeiten; ihre Aufgabe ist vielmehr die, Kritik zu üben. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Präs. v. Kröcher: Ich glaube, ich habe Ihnen schon ziemlich viel Zeit zu der Einleitung gelassen.

Abg. Hirsch (Soz.) In den Motiven der Vorlage wird äußerste Sparjamkeit empfohlen. Wir sind auch für Sparjamkeit, nur fürchten wir, daß unsere Ansicht über Sparjamkeit von der Ihren ganz verschieden sein wird. — Ueber die Reichsfinanzreform darf ich ja hier nur nebenbei sprechen. Jedenfalls steht heute schon fest, daß es sich dabei vor allem um eine erneute Vermehrung der indirekten Steuern handeln soll. Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer wird von den Konservativen bekanntlich abgelehnt. Professor Adolf Wagner hat dies Verhalten der Konservativen treffend kritisiert. Dazu kommt, daß die Steuer wie eine Prämie auf den ausländischen Besitz wirkt. Wir haben aber ein großes Interesse daran, die Aktiengesellschaften uns zu erhalten, die vielfach wichtige wirtschaftliche Aufgaben erfüllen. Wir können daher in der gegebenen Form der Gesellschaftssteuer nicht zustimmen, eher sind wir für eine Erhöhung der allgemeinen Einkommensteuer. (Bravo! links.)

Präsident v. Kröcher: Die Reichsfinanzreform steht nicht zur Debatte, ich bitte, sich wirklich auf die Sache zu beschränken.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich komme dann auf die Steuerverläge der Regierung. Vieles besteht die Meinung, als ob es sich dabei um eine Vorlage handelt, die der Sozialdemokratie auf den Leib geschmitten ist. Mir jagte neulich ein bekannter Nationalökonom: Sie sind eigentlich in einer schlimmen Situation: Sie sind gezwungen, für die eine Vorlage, die die Regierung nach ihrem Eintritt in den Landtag macht, energig einzutreten! So liegt die Sache ja nun nicht. Wenn wir auch zum Teil mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden sind, soweit sie mit unserm Programm übereinstimmen, so haben wir im einzelnen aber noch viel an den Vorlagen auszusagen. Uebrigens bedeuten die Vorschläge eine so minimale Belastung der Steuerzahler, daß ich den schärfsten Widerstand der bürgerlichen Parteien nicht verheße. Was will es besagen, wenn Leute mit

7000 Mark Einkommen einen Zuschlag von 10 Mark im Jahre zahlen sollen. Der Meinung, daß den Gemeinden mehr Steuerrechte eingeräumt werden sollen, sind wir auch. Vor allem sollten sie zur Wertzuwachssteuer übergehen. Das wird aber so lange nicht möglich sein, als das Hausbesitzerprivilegium in den Gemeinden aufrechterhalten wird. Wenn es also der Regierung Ernst damit ist, den Gemeinden neue Steuerquellen zu eröffnen, so muß sie

#### das Hausbesitzerprivilegium beseitigen.

1876 hat sie einen dahingehenden Versuch gemacht. Heute aber steht sie auf dem entgegengesetzten Standpunkt, weil sie fürchtet, daß sonst der Weg für den Einzug der Sozialdemokratie in die Gemeinde freigelegt würde. — Auf die Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden die bei uns im Gegensatz zu England nur auf dem Papier und in Ministerreden steht, kann ich hier nicht näher eingehen. Das wenige, was die Städte 1808 an Selbstverwaltung erhalten haben, ist inzwischen jedenfalls völlig beseitigt. — Was die Einkommensteuervorlage anlangt, so müssen wir vor allem die Beseitigung des § 23, der eine Ausnahmegegebung gegen die Arbeiterklasse bedeutet, verlangen. Die Arbeiter werden dadurch bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuer herangezogen. Man sollte wenigstens alle Schichten des Volkes in dem Paragraphen gleichmäßig treffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Leute, die ihr Einkommen selbst deklarieren, wissen genau, welche Abzüge sie zu machen haben, während das die Arbeiter vielfach nicht wissen. — Eine Reihe von Rednern ist dann auf die

#### Wahlrechtsfrage

gekommen. Ich darf wohl um die Erlaubnis bitten, in demselben Umfange wie der Vorredner diese wichtige Frage zu besprechen. Das Gemeinewahlrecht ist trotz des Gesetzes vom Jahre 1900 ebenso plutokratisch wie vorher geblieben, weil sich die Besitzverhältnisse ganz verändert haben. Will man seinen plutokratischen Charakter ganz beseitigen, so muß man es aufheben und durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ersetzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Kollege Friedberg wünschte ein schnelleres Tempo der Wahlrechtsreform. Die Nationalliberalen aber sind selbst daran schuld, wenn die Reform nicht bisher gekommen ist. Mit Herrn Friedberg und seinen Freunden werden wir uns auch über eine Wahlreform niemals verständigen. Ob die Wähler durch ein plutokratisches oder durch das Dreiklassenwahlrecht entrechtet sind, kann ihnen gleich sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Wiemer hat recht, daß Erhebungen jetzt nicht mehr notwendig sind, wenn man die Wahlreform ernstlich will. Die Erhebungen sind wohl nur darauf berechnet, zu erforschen, wie es möglich ist, die

#### Arbeiter noch mehr zu entrechten.

Daß die freisinnigen Redner bei dieser Gelegenheit wieder über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie geklagt haben, beweist wenig politische Klugheit. Sie sollten lieber Schulter an Schulter mit denen kämpfen, die gleich ihnen das allgemeine Wahlrecht erstreben. Gewiß haben wir bei den letzten Wahlen Terrorismus geübt, aber wir sind dabei die reinen Waisenkinder gegenüber dem Terrorismus geblieben, den die Rechte und die Regierung bisher uns gegenüber getrieben haben. Ebenso auch der Freisinn bei den letzten Wahlen.

Im 11. Landtagswahlkreis haben die Freisinnigen ein Flugblatt verbreitet, daß die Wahl eines Sozialdemokraten für die Beamten nicht in Frage komme, da die Behörden dies als einen Verstoß gegen den Dienst, das Treueverhältnis und die besonderen Pflichten des Beamten ansähen und mit Dienstentlassung bestrafen. (Hört, hört! b. d. Soz.) So wüßten sich die Freisinnigen zu helfen der Konservativen herab. (Witirale b. d. Soz.) Sie haben das nicht getan, um die Beamten zu warnen, weil ihnen das Wohl der Beamten am Herzen lag, sondern um Stimmung zu machen und jetzt wagen sie es, sich hierüber zu stellen und uns Terrorismus vorzuwerfen. Mit Recht hat die noch wirklich liberale „Volkszeitung“, als die „Freisinnige Zeitung“ dieses Flugblatt verteidigte, erwidert, daß der „Buddhismus“ das Recht zu sich zu nehmen und den Beamten in Anspruch zu nehmen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Abgeordnete Pachnide hat heute darüber geklagt, daß sogar in Schanzenkern Listen mit den Abstammungselementen ausgehängt seien. Auch diese Art von Terrorismus haben die Freisinnigen weit übertrieben. Im 12. Berliner Landtagswahlkreis haben sie in den Bezirken angezogen eine

#### „Ehrentafel der treuen und fruchtlosen Männer“

veröffentlicht, d. h. der Wahlmänner, die in der Stichwahl für den Genossen Hoffmann gestimmt haben. Sie haben die genaue Wohnungsangabe und den Beruf hinzugefügt und noch ganz besonders einen Wahlmann hervorgehoben, der in der Hauptwahl konservativ und in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt hatte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Für heute mögen diese wenigen Proben genügen, wir werden uns ja hier noch öfter über Terrorismus unterhalten. (Sehr wahr! b. d. Soz. und rechts.) Ich weiß nicht, ob die Freisinnigen den Vorwurf des Terrorismus gegen uns jetzt zurückzunehmen bereit sind. Wollen sie gegen den wirklichen Terrorismus, den Terrorismus der Reaktion kämpfen, so werden wir Ihnen treue Bundesgenossen sein. Kämpfen Sie mit uns dafür, daß die öffentliche Stimmung abgeklärt und das geheime Wahlrecht eingeführt wird. Solange aber die öffentliche Wahl besteht, verzichten Sie darauf, die Sozialdemokratie des Terrorismus anzuklagen. (Bravo! b. d. Soz.)

Bei der Besprechung der Vorlage selbst werde ich mich auf sehr wenige Punkte beschränken. Das steuerfreie Einkommen ist mit 900 Mark viel zu gering angelegt, mindestens 1200 bis 1500 Mark müßten steuerfrei bleiben. Seit der Schaffung des Einkommensteuergesetzes haben sich die Lebensverhältnisse außerordentlich verändert und ist das Existenzminimum wesentlich erhöht. Das Reich und Preußen, die das mitverantwortlich haben, haben die Pflicht, von diesem heute kaum ausreichenden Einkommen nicht noch Steuern verlangen zu lassen. Ein Abgeordneter der Rechten hat vorhin bemerkt, daß die geistigen Arbeiter heute vielfach schlechter bezahlt würden, als die Handarbeiter. Wir freuen uns doppelt, hier

#### auch für die Interessen der geistigen Arbeiter

eintreten zu können, denn wir sind keineswegs eine bloße Partei der Handarbeit, aber daß Sie von uns ein Eintreten für die geistigen Arbeiter gefordert haben, daran werden wir Sie gelegentlich erinnern, wenn Sie uns vorwerfen, daß wir ungewiß „richtige“ Arbeiter in die Parlamente entsenden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch wir nehmen an, daß die wirtschaftliche Depression nicht dauernd sein, sondern von einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs abgelöst werden wird. Wenn wir der Regierung jetzt dauernde Steuern bewilligen, wird sie diese auch in den Zeiten guten Finanzstandes weiter erheben, und demwollen wir vorbeugen. Ueberhaupt schenken wir uns angebracht, eine energigere Regelung der Steuerfragen zu verschaffen, bis das Schicksal der Reichsfinanzreform entschieden ist. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß der Finanzminister diese Vorlagen jetzt nur eingebracht hat, um das Reich zu hindern, in weitem Umfange als bisher direkte Steuern zu erheben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Erhöhung der Vermögenssteuer ist sehr geringfügig. Für einen Mann, der eine Million Vermögen hat, sind 625 Mark jährlich an Steuer noch wirklich eine Summe, mit der Ergänzungssteuer werden wir sie höher hinausbringen. Aber da fürchtet die Regierung den Widerstand der bestehenden Klassen und für die Gemeinden verlangen wir das Recht, Zuschläge zur Vermögenssteuer erheben zu dürfen. Wir werden in der Kommissiofrage in dieser Richtung sein. Der Gedanke der Gesellschaftssteuer erscheint uns im Gegensatz zu den freisinnigen Rednern durchaus nicht verwerflich, nur sollte man den sozialistischen Sozialisten



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 258.

Magdeburg, Dienstag den 3. November 1908.

19. Jahrgang.

## Provinz und Umgegend.

### Bezirksverband.

Am Sonntag den 1. November war der 44. Wochenbeitrag fällig.

100 polnische Agitationskalender und eine Anzahl Exemplare von dem Schriftchen „Mit feiger Kraft“ ist noch kostenlos abgegeben. Das Bezirkssekretariat.

**Burg, 2. November.** (Sie sind immer noch lautos.) Unsere Herren Bürgerlichen nämlich. Am Donnerstag hat eine Besprechung derjenigen Vereinsvorstände stattgefunden, die sich für die Aufstellung bürgerlicher Kandidaten interessieren. Wir wissen, daß diese Besprechung gut besucht war, über das Resultat dieser Besprechung verläutet nichts. Es ist möglich, daß die Zahl der Durchfallskandidaten noch nicht voll ist, es ist auch ebenjotig möglich, daß man noch nicht die geeigneten Personen herausgefunden hat. Denn wenn man darauf rechnen will, daß sich eine nennenswerte Anzahl Stimmen auf die bürgerlichen Kandidaten vereinigen soll, dann muß selbstverständlich den einzelnen Claqueurs der bürgerlichen Wähler in ausgiebigstem Maße Rechnung getragen werden. Die „Interessen“ scheinen aber noch nicht ausgeglichen zu sein, deshalb die Stille.

**Frohse, 2. November.** (Zu der Gemeindevorsteher-Sitzung) am Freitag wurde die Gründung eines gemeinschaftlichen Gewerbevereins mit Schönebeck, Gr. Salze und Feigleben abgelehnt. Als Grund wurde angeführt, es sei zu wenig Industrie am Orte. Ferner lehnte man einen Antrag unserer Vertreter ab, einen Kanalisationsplan anfertigen zu lassen, und zwar mit der Begründung, er koste zuviel Geld, und die gesundheitlichen Verhältnisse wären nicht schlechter als anderswärts. Solange wir leben, könnte es so bleiben. In der Entgegnung auf den Einwurf, man müsse doch bei der Kanalisierung schon auf die Kanalisation Rücksicht nehmen, wurde angeführt, daß auch für Kanalisierung der Straßen kein Geld vorhanden wäre. Der Errichtung eines gemeinschaftlichen Schlachthaus wurde ebenfalls nicht zugestimmt. Die Mehrzahl unserer Vertreter scheint keinen Wert darauf zu legen, daß industrielle Anlagen hierher kommen, trotzdem Frohse durch seine Lage am ehesten darauf rechnen könnte.

(80 Zentner Mauerwerk abgestürzt) In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend stürzte am Hause Wallstraße 1 in seiner ganzen Länge ein zirka 80 Zentner schweres Gefälle zur Erde, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Gerade diese Stelle ist am Tage die lebhafteste im ganzen Orte. Die Schuld gibt man den auf dem Hause befindlichen Telefonanlagen.

(Metallarbeiter.) Am Sonnabend fand im „Kaiserhof“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher der Gewerkschaftssekretär Bremer (Schönebeck) über „Unsere wirtschaftliche Lage“ referierte. Bremer zeigte in seinen Ausführungen, was die Schuld an der jetzigen Krise trägt und zeigte auch den Weg, um für die Zukunft derartig zu verhindern. Nachdem der Vorsitzende mit kräftigen Worten ermahnt hatte, sich der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation anzuschließen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Halberstadt, 2. November.** (Eine öffentliche Wähler-Versammlung) die sich mit den Stadtverordnetenwahlen beschäftigte, fand am Sonntag nachmittag im „Odeum“ statt. Genosse W a n a s s e (Berlin) behandelte in seinem Vortrage das kommunalpolitische Programm unserer Partei und gab zu den einzelnen Punkten ausführliche Erläuterungen. Das Endziel der aufgestellten Forderungen ist die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Banne des Kapitalismus und die

Ablösung der heutigen Wirtschaftsordnung durch die sozialistische. Bei dem herrschenden Wahlsystem ist es den Arbeitern nicht möglich, diejenige Vertretung in den Kommunen zu erlangen, die ihnen rechtmäßig zusteht. Um so mehr sollte jeder Arbeiter offen, wie es ihm sein Gewissen und seine soziale Stellung gebietet, für die Kandidaten der Sozialdemokratie eintreten. Die in den letzten Jahren auf verschiedenen Gebieten eingeführten Reformen sind nicht in letzter Linie auf die Tätigkeit unserer Vertreter im Stadtparlament zurückzuführen. Die Arbeiterchaft Halberstadts hat deshalb die Pflicht, für die Unterstützung dieser Genossen durch die Wahl sozialdemokratischer Stadtverordneter zu sorgen. Mit einem lebhaften Appell, die Tage bis zur Wahl eifrig für unsere Sache auszunutzen, schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Zu der Diskussion kennzeichnete Genosse M i k o w s k y die Praktiken der Gegner, die durch die Aufstellung des Eisenbahndirektors Hessewiler bewiesen, daß sie sich nicht mehr stark genug fühlen, den Wahlkampf mit uns allein auszufechten. Die bürgerlichen Parteien erheben in der dritten Ableitung diesen Mann auf ihren Schild und rechnen dabei auf die wirtschaftliche Abhängigkeit der Eisenbahnarbeiter. In diesen Arbeitern liegt es, ob sie eine derartige Bevormundung ruhig hinnehmen oder die Berechnung der Gegner zerschanden machen.

(Wahlbureau.) Am den Wahltagen, Mittwoch und Donnerstag, befindet sich das sozialdemokratische Wahlbureau im Restaurant Frankemann, Westendorf. Auskünfte für unsere Wähler werden dort zu jeder Zeit erteilt. Eine größere Anzahl Genossen wird am Donnerstag zu Wahlarbeiten gebraucht. Sie wollen sich an diesem Tage nachmittags 2 Uhr im Wahlbureau einfinden.

(Spielplan des Stadttheaters) vom 2. bis 7. November. Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr: Die Walfäre, Musikdrama. — Dienstag, abends 8 Uhr: Nora, Schauspiel. — Mittwoch, abends 8 Uhr: Die berühmte Frau, Lustspiel. — Donnerstag, nachmittags 5 Uhr (Freiendevorstellung): Die Geisha, Operette. — Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Die Geisha, Operette. — Sonnabend geschlossen.

(Vaterleben, 31. Oktober. (Ein Freijungsmann.) Daß die Anhänger der freijünglichen Partei die schlechtesten Vertreter ihrer programmatischen Forderungen sind, wenn sie sich auch radikal gebärden, ist schon oft bewiesen worden. Der Herausgeber und Redakteur des „Generalanzeigers für Vaterleben“, Herr Stöter, ist einer von denen, den selbst wir als einen von der „alten Garde“ bisher geachtet haben. Er hat uns getäuscht und den oben angeführten Satz wieder voll bestritten. Hier ist bekannt, daß Herr Stöter als Stadtverordneter nach vorwärts gedrängt hat. Jahrzehntlang hat er mit dem Magistrat und der Polizei in stetiger Fehde gelegen. Nachdem er es aber bis zum Stadtverordneten-Vorsteher gebracht hat, und vielleicht Aussicht hat Stadtrat zu werden, ist es mit seiner Opposition nicht mehr weit her. Drei Vorträge aus der letzten Stadtverordneten-Sitzung sollen das beweisen. Der Magistrat hatte eine Vorlage zur Besteuerung der Schaufforsektion vorgelegt. Ein Gefinnungsgenosse des Herrn Vorstehers wandte sich gegen die Vorlage weil diese Besteuerung als Sondersteuer einer besonderen Berufsgruppe wirke, andie wollten die Sätze, die vorgelesen waren, geändert wissen und ein anderer verlangte zum Ausgleich der Widerprüche Kommissionsberatung. Herr Stöter vertrat mit Energie die Magistratsvorlage, und will mit dem Magistrat zusammen die Trunfsucht damit etwas eindämmen. Die Freijünglichen wollen sonst gegen jede Sonderbesteuerung kämpfen, hier ist das Gegenteil der Fall. Die Vorlage wurde vom Bürgermeister Becker und von Herrn Stöter damit begründet, daß der Besitzer der Schaufforsektion von der Stadt ein Geschenk bekomme, indem der Wert seines Grundstücks steigt. Wissen diese Herren nicht, daß die meisten Restauratoren und Gastwirte selten Hausbesitzer sind, sondern meist nur Angestellte des Brauereikapitals. Die letzte Arbeitslosenversammlung hatte das Bureau beauftragt, sich an die Stadtverordneten zu wenden, damit der „ablehnende Magistrat“ veranlaßt wird, Not-

landsarbeiten einzurichten. Er ließ das Schreiben vom Protokollführer verlesen und stellte sich auf den Standpunkt des Herrn Bürgermeisters, der erklärte, es sei ihm von einem gewissen W o l l e gesagt worden, es seien an 200 Arbeitslose vorhanden und auf den Andarfabriken würden ausländische Arbeiter beschäftigt. W o l l e war als Kommissionsmitglied mit noch zwei andern von den Arbeitslosen der ersten Versammlung zum Bürgermeister geschickt worden. Das letztere, was W o l l e behauptet habe, sei nicht wahr und von der Stadt aus könnten keine Arbeiten eingerichtet werden, das wäre nach ausgiebiger Beratung mit dem Vauat dem W o l l e mitgeteilt worden. Er, der Bürgermeister, hätte den Arbeitern den Rat gegeben, sie sollten in der guten Konjunktur sparen. Daß die Arbeitslosigkeit und die Not so groß sei, wurde von Herrn Stadtverordneten Hienburg bezweifelt. Er ist Landwirt und wechselt mit seinen Leuten häufig. Wir möchten jaft behaupten, daß alle andern Stadtverordneten eine Beratung wünschten und die Arbeitslosigkeit anerkannten. Herr Liegmann machte sogar den Vorschlag für die Zeit der Krise einen Arbeitsnachweis von der Stadt einzurichten, um Arbeit sofort zu vermitteln. Alle Vorschläge konnten nicht diskutiert werden, weil Herr Stöter als Stadtverordneter der dritten Wählerklasse kurzerhand die Sitzung schloß. Protest wurde natürlich nicht erhoben, weil ja kein direkter Vertreter der Arbeiterchaft vorhanden ist. Wähler der dritten Klasse, merkt euch diesen Fall für das nächste Jahr!

**Quedlinburg, 2. November.** (Eine vorbeigelungene Aktion.) In Nummer 44 des „Mitteldeutschen Kuriers“ unternimmt es ein Vertriebsleiter, einen Versammlungsbericht des Gewerbevereins der graphischen Berufe — Maler — vom 25. Oktober wiederzugeben. Diese „Aktion“ besuchte Mitgliederversammlung der Tisch-Druckerschen legte sich aus dem Bureau und dem Referenten zusammen und wurde nur durch das Erscheinen der Zentralverbände ermöglicht. Einige Mitglieder des freien Verbandes, besonders jüngere, hatte man eingeladen. Der Zweck war zu durchsichtig, man wollte einen Zerplünderungsversuch machen, der allerdings kläglich gescheitert ist. Daß die Ausführungen der Vertreter des Zentralverbandes gefesselt haben, beweist, daß das Schlußwort des Referenten im reinen Reichsverband gehalten wurde; er schloß mit den Worten: „Wenn Sie es ehrsich mit der Vorwärtsentwicklung der nationalen Arbeiterbewegung meinen, dann zerreißten Sie Ihre Verbandsbücher und werfen Sie sie Ihren Verbandsbeamten vor die Füße.“ Die schöne Pointe ging aber in einer Lachsalve unter. Im übrigen hat diese Versammlung mit dazu beigetragen, die Anhänglichkeit der jüngeren Maler in Quedlinburg an den verhassten roten Verband noch mehr zu festigen.

**Schönebeck, 2. November.** (Hinweis.) Eine für Frauen sehr interessante Versammlung findet am 5. November in der „Reichshalle“ statt. (Siehe Inserat.) Diese Versammlung zu besuchen, sollte sich jeder Parteigenosse zur Pflicht machen, und ganz besonders auch seine Frau darauf hinweisen.

**Staßfurt, 2. November.** (Zur Stadtverordnetenwahl) Die plöckliche Vertagung der Stadtverordnetenwahl beschäftigt die Gemüter ungefähr in derselben Weise wie die in England erfolgten Enthüllungen. Der außergewöhnliche, verblüffende Schritt des Magistrats, die Wahl 3 Tage vor ihrem Stattfinden aufzuheben, führt zu den gewagtesten Kombinationen. In den Kreisen der Arbeiterchaft sieht man — das ist nach den bisherigen Erfahrungen nur selbstverständlich — der Sache mißtrauisch gegenüber. Man befürchtet, daß die geplante Aenderung des Ortsstatuts sich gegen die Arbeiter richten wird. Wir vermessen bei der Angelegenheit jede Rücksichtnahme des Magistrats auf die Öffentlichkeit. In laienhaftiger Kürze, wie wir sie nicht angemessen finden für das Haupt einer selbstverwalteten

## Genilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Die Pflastermeisterin.

Roman von Alfred Döds.

(11. Fortsetzung.)

Sobald Friedmar frühmorgens das Haus verlassen hatte, begab sich die Meisterin in ihren Garten. Ueber dem Gelände lag schon der erste Hauch des Herbstes. Hier und da spielte das Grün der Blätter ins Gelbrot hinüber. Die Leerosen an ihren schlanken Zweigen strömten noch ihren feinen Wohlgeruch aus, aber ihr Rolorit war stark verbläht. Nur die Moosrosen und Zentifolien standen in unverminderter Pracht. Für jeden ihrer Liebhaber hatte die Meisterin einen innigen Blick. Unwillkürlich glätteten sich die Falten auf ihrer Stirn, und der Mißklang löste sich auf, der ihr die Brust zerjchnitt. Langsam schritt sie Moie um Moie ab. Wie lange wahrte es noch, da bog man behutjam die garten Stämmchen um und bedeckte die Kronen mit Erde und Laub. Unter der warmen Hülle hielten sie ihren Winterschlaf, bis sie im Frühjahr zu neuen Blütenjchmuck erstanden. Die Moien schliefen nur, sie kannten kein Sterben. Aber die Menschen, die man in die Erde verfenkte, wenn ihr Winter gekommen war, machte kein Frühling lebendig. Die gingen hin auf Nimmerwiedersehen. Nein, nicht auf Nimmerwiedersehen. Das war jündhaft zu denken. Es gab ein Himmelreich. Freilich, genau wußte man nicht, wie's kam. Einmal hatte der Schreiner Möbius darüber im „Niederfranz“ etwas gefungen. Wunderjchön, daß einem ganz weich zumute wurde. Das Lied klang ihr immer noch im Ohr:

Gab schon öfter sagen hören,  
Daß man dort sich wiederjieht,  
Aber niemand kann's beschwören,  
Keiner weiß, was dort geschieht.  
Wenn es sehr und jicher hände,  
Daß man da sich wiederjände,  
Wär in jenen lichten Höhn  
Wohl das schönste Wiederjehn!

Wenn dermaleinst ihre Stunde schlug und sie ins Jenseits einging, traf sie ihren seligen Mann. Wie sie ihn kannte, nahm er kein Blatt vor den Mund: „Hatt'st du nicht als Witfrau dein gut Brot? Was brauchst du den Friedmar zu nehmen? Gud nur herunter. Der sitzt jetzt im Speck und lacht sich ins Hänschen. Laß den Friedmar zusammenschrappen, jobiel er will, antwortete sie dann, die Freund' wahr' nicht ewig. Von drunten nimmt keiner nichts mit. Wenn ihr seliger Mann, kam ihr plöcklich, der Gedanke, und der Friedmar sich droben einmal kabbelten, und sie stand

daneben. Herrgott, sie als Schlichterin zwischen ihren beiden Männern. Darüber durfte man nicht jprintzieren. Das konnte einen aus dem Häuschen bringen.

Wie um sich von dieser beunruhigenden Vorstellung zu befreien, griff die Meisterin zu Schippe und Rechen und arbeitete so angejrenzt, daß sie erst nach einer guten halben Stunde jchweißjriefend und erschöpft innehielt. Am Staket, das die Grundstücke der Meisterin und des Nachbars kippling voneinander trennte, erjchienen der Schloffermeister.

„Wo, junge Frau, wie tut's?“  
Sie wandte ihr erhitztes Gesicht dem Alten zu und jagte nicht eben freundlich:

„'s tut ja.“

Der Schloffer sah sie jcharf an. „Was siehst Du dann so verknittert aus?“

„Nö müß' nicht.“

„Sabi Ihr Gud karbatich, Du und der Friedmar?“

„Dumm Gewäich.“

Kipping ließ nicht loder. „Vor mir brauchst Du Dich nicht zu versteckeln. Wo fehlst's?“

„Nirgendwo.“

„'s klappt was nicht bei Euch. Ich kenn' mich aus.“

„Schwäg' Du Dir nur was vor.“

„Wie kann man nur so störrig sein. Nach Dir doß Luft.“

Die Meisterin jchwieg. Der Alte aber, der sich halb und halb als Stifter der neuen Ehe betrachtete, jalsbaderte weiter.

„Seit ein paar Wochen läufst Du mit einer Pilage herum, als wollst' Du die Pilz vergiften. Hat der Friedmar was periert?“

„Nein.“

„Ist er dann nicht auf seinem Posten?“

„Doch.“

„Blis, Donner und Hagel, was willst Du dann mehr?“

„Ei gar nix.“

„Meisterin, ein Quersackkopf warst Du immer. Best sei gecheit. Wann man verheirat' ist, heißt's Nordel nachlassen. Du hatt's doch schon einmal durchgemacht. Wir sind all keine Engel. Der Friedmar hat seine Rauwen. Und Du auch. Eins muß sich ins andre jchiden. Sonst gibst's Krakeel.“

„Hat er Dir was gejagt, der Friedmar?“

„Kein Wort hat er gejagt.“

„Das ist's eben, daß er alles in sich hineinjriß.“

„Was ein echter Kerl ist, der trägt das Herz nicht immer auf der Jung.“

„Ist das dann ein Leben?“ gab die Meisterin sich bergessend, ihrem Unmut Ausdruck. „Ich hätt noch das erste

freundliche Wort von ihm zu hör'n. Und wann er heimkommt, ein Briten und Trudsen. Nur daß er bei mir in der Kost steht und mir nachts was vorjchnarcht, sonst wüß ich weiß Gott, nicht, daß ich verheirat' bin.“

Der Schloffer deutete sich der Meisterin Mißjtimmung auf seine rüde Weise. „Aha, dachte er, der Friedmar gibst nicht genug Feuer. So sind die Weibskind. No, sie wird ihn schon in Trab bringen. Da hab ich keine Sorg'. Und er lachte gemütslich:

Der Friedmar ist kein unrechter Mensch, nur 'n bißcher jappig. In die Verliebtheit muß man sich erst hineingewöhnen. Ich war auch ein latschiger Kerl. Und meine Gret' hat mir's beigebracht. O je, o je!“

„Wie Du Dir das wieder ansiegest, Du abjcheulicher Mensch. Man kann sich's sparen, mit Dir ein vernünft'g' Wort zu jprechen.“

Die Meisterin warf dem Alten einen wütenden Blick zu und ging rasch davon. An ihrer Haustür traf sie mit dem Farrer zusammen, der eben bei ihr vorjprechen wollte. Der würdige alte Herr waltete seit beinaß dreißig Jahren im Städtchen seines geistlichen Amtes. Aus einer der angesehensten Familien des Landes stammend, ward ihm in verhältnismäßig jugendlichem Alter eine Predigerstelle in der Residenz übertragen worden. Hier lodte seine große Hednergabe allomntäglich eine zahlreihe Versammlung vor seine Kanzel. Dem gebildeten Teile der Zuhörerchaft entgegen nicht, daß der junge Geistliche, obzwar er sich vorjichtig ausdrückte, für eine freiere Stellung zu altkirchlichen Bekennnissen und für das Recht der freien christlichen Persönlichkeit eintrat. In derselben Zeit erregte eine anonyme Schrift „Der Niedergang des Liberalismus in unserm Kirchtentum“ in der Hauptstadt, ja im ganzen Lande gewaltiges Aufsehen. Man ersühte bald, daß der junge Farrer die Schrift verfaßt hatte. Es war ein gebarnüchter Protest gegen die Reaktion und ein warmer Appell an die liberalen Laienelemente in der Kirchengemeinschaft, sich zur Wahrung bedrohter Rechte zusammenzutun. Die Einsetzung offiziell anerkannter liberaler Pfarrstellen sei eine dringende Forderung der Zeit. Den Predigern gegenüber, die zur geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Forschung eine tendenziös schiefe Stellung einnahmen, müßten auch Geistliche zum Wort gelangen, die das Recht der freien Forschung, das Recht der Wahrheit in kirchlichen Dingen gewahrt wissen wollen. Abhilfe sei nur zu erwarten, wenn liberale Geistliche und liberale Laien Hand in Hand gingen und gemeinsam die Grundlage für einen vernunftgemäßen, vertieften Glauben gewönnen.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinde, wird „der Ausfall“ — soll eigentlich heißen „die Vertagung“ — der Wahl angeordnet und mit keinem Wort angedeutet, in welcher Richtung die Aenderung des Ortsstatuts gebacht wird. Selbst die offizielle Presse vermag keinen Fingerzeig zu geben. Wenn das Vorgehen des Magistrats auch gesetzlich berechtigt ist, so finden wir doch, daß die Bürgerchaft bei solcher Geheimnisthaterie nicht mit der nötigen Rücksicht behandelt wird. Es würde dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium nur dienlich sein, wenn sie über so bedeutende Aenderungen, wie sie hier zu vermuten sind, die Meinung der Öffentlichkeit vorher ein wenig anhören würden. Der schöne Spruch über dem Rathausportal „Halte Rat vor der Tat“ dürfte nicht bezagen, daß die beratenden Männer in souveräner Weise über die Meinung ihrer Mitbürger sich hinwegsetzen sollen. Wer für die Allgemeinheit wirken will, muß die Wünsche der Allgemeinheit kennen. Das gilt hier um so mehr, als ungefähr drei Viertel der Bevölkerung von der Teilnahme an der Vertagung ausgeschlossen sind. Demnach erscheint das wahrzunehmende Mißtrauen nicht unangebracht.

**Stendal, 31. Oktober.** (Die Not der Landwirtschaft.) Aus einem Orte der Altmark wird berichtet, daß im Zeitraum eines Jahres neun Grundbesitzer ihre Anwesen verkauft oder gewechselt haben beziehungsweise ausgesogen sind. Die Verkaufspreise der Grundstücke wurden mit großer Genauigkeit, den Erträgen der besten Erntejahre entsprechend, berechnet und hochgeschraubt. Selbstredend werden hierdurch auch wieder die Abgaben und Steuern zu einem demselben ungelunden Verhältnis gesteigert, daß bei dem geringsten Fehlschlag — wie er ja in der Landwirtschaft durch Mißernte und dergleichen häufig vorkommt — die Landwirtschaft nicht gewinnbringend genug ist; damit wird dann die Not der Landwirtschaft von neuem bewiesen. Dann muß wiederum durch Sperrung der Grenzen, höhere Zölle usw. den Holzeidenden Gelegenheit gegeben werden, die Preise für ihre Produkte zu erhöhen, um lebensfähig zu bleiben. Unterdessen seien die, welche es verstanden, rechtzeitig ihr Schäfchen zu sichern, im trocknen und getreihen die nach ihrer Meinung wohlverdienten Früchte ihres so überaus arbeitsreichen Lebens, rühmen sich, es durch „Fleiß“ und Kenntnis zu etwas gebracht zu haben, sprechen ihren Nachfolgern und der Jugend Tüchtigkeit und Verständnis ab, welches sie dagegen in so reichem Maße besaßen.

**Zangernünde, 2. November.** (Eine Kartellbildung) fand am 29. Oktober statt. Zur Vorbereitung einer Jugendorganisation wurde eine Kommission gewählt, die aus den Genossen Rosenbruch, Künzler und W. Kumbier besteht. Dann wurde beschlossen, daß die hier anwesende Theatergesellschaft am 14. November eine vollständige Vorstellung geben soll. Sie findet im Gasthof zur Stadt Magdeburg statt. Programme zu 25 Pf. werden auch an Nichtmitglieder abgegeben. Kassenverkauf findet nicht statt. Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt, ebenso soll es auch an dem am 26. November stattfindenden Walfeste-Abend gehalten werden. Dann wurde über Mißstände bei den Tabakarbeitern diskutiert, jedoch bedarf die Sache noch der nötigen Klärung. Außerdem wurden noch Mißstände auf der hiesigen Zuckerfabrik besprochen. Es soll ein Flugblatt herausgegeben werden, das unter den Arbeitern dieser Firma zur Verteilung gelangen soll. Außerdem sollen auch noch öffentliche Versammlungen einberufen werden. Dann wurden noch Differenzen, die unter den Holzarbeitern bestanden, geschlichtet.

**Thale, 8. November.** (Kommunalbetriebe — keine Musterbetriebe.) Die Zeit der Krise und des Krachens wird nicht nur von den Privatkapitalisten, sondern auch von unsern staatlichen und Kommunalbetrieben dazu ausgenutzt, Vorkuren und Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Auch das hiesige städtische Gas- und Elektrizitätswerk, an dessen Spitze der Herr Direktor Selbmann steht, macht keine Ausnahme. Vor kurzem wurde ein Arbeiter entlassen und trotzdem er, auf Vermittlung des Genossen Schinkel beim Direktor Selbmann, wieder eingestellt werden sollte, blieb es bei der Entlassung. Das Werk hat in der letzten Zeit auch die Löhne reduziert; wo 40 Pfg.

bezahlt wurden, werden jetzt 35 Pfg. für die Stunde gegeben. Das Werk verdient nicht genug, meint Herr Selbmann. Das hat ihn aber nicht abgehalten, sich selbst das Gehalt um 500 Mark erhöhen zu lassen. Es wird an die Gemeindeverwaltung die Anfrage gerichtet werden, ob sie billigt, daß so gegen städtische Arbeiter vorgegangen wird.

### Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Halberstadt.

Sitzung vom 31. Oktober 1908.

**Verurteilung.** Vom Schöffengericht in Oschersleben ist der Arbeiter Johann Sabatowski aus Oschersleben wegen Betrugs, Bedrohung und Uebertretung zu 2 Monaten Gefängnis und 3 Wochen Haft verurteilt. Die von dem Angeklagten eingelegte Verurteilung wird verworfen.

**Diebstahl.** Der Arbeiter Johann Koziol, zuletzt in Gademersleben, hat anderen Arbeitern 41,50 Mark bares Geld und verschiedene Kleidungsstücke entwendet. Er wird dafür zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

**Jagdvergehen.** Der Bergmann Hermann Rinne aus Königsaue hat während der gesetzlichen Schonzeit zwei Hasen geschossen. Bei seiner Verhaftung hat er sich widersetzt und den Beamten mit dem Gewehr bedroht. Der Angeklagte wurde wegen Jagdvergehens zu 50 Mark Geldstrafe und wegen Widerstands zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Urkundenfälschung.** Bei Abhebung von 100 Mark Vorschuß, die der Buchhändler Karl Gabletz aus Erlangen auf eine gebundene Schuldverschreibung von einer Darlehnskasse erhielt, gebrauchte er einen falschen Namen. Unter Zuhilfenahme milderer Umstände wird er zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

**Militärpflichtige.** Die zu der Verhandlung nicht erschienenen Arbeiter Paul Kranz und Geschäftsführer Hermann Fölkner haben sich der Militärpflicht entzogen und werden zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Vermischte Nachrichten.

**Die „Hände der Großherzogin“.** In der idyllischen Univeritätsstadt Kojnod im gelobten Lande Mecklenburg findet ein Bazar zugunsten des Kojnoder Pflegehauses statt, und im „Kojnoder Anzeiger“ in darüber ein fast zwei Spalten langer und schmunzlicher Artikel erschienen. Am Schluß ergötzt M. M. der phantastische Verfasser, seine Leser durch folgenden Hymnus:

Und wißt ihr denn das Wichtigste, das große, wunder-volle Geheimnis, dasjenige, das wie ein Frühlingssglanz auf unserm Bazar leuchtet und flimmern wird? Der Großherzog kommt — und mit ihm die schöne, junge Frau Großherzogin, die versprochen hat, selbst zu verkaufen. Eine Großherzogin, der man etwas ablaufen kann, die man ganz in der Nähe zu sehen bekommt, mit der man höchst wahrscheinlich sprechen wird. — Was sie wohl für eine Stimme hat! — Wie sie wohl das Haar trägt! — Und ihre weißen schlanken Hände mit den herrlichen Ringeln! Die Hände einer Großherzogin! Ich kann mir auf der ganzen Welt nichts Schöneres, Zarteres denken!

Seht ihr, nun hellen sich eure Nieren auf, nun hat das Ganze Reiz für euch gewonnen und ich kann euch Lebenswohl sagen, Lebenswohl und auf Wiedersehen.

Es gibt doch wahrlich noch würdige und tapfere Mannes-geelen im oft verläperten Reich der Dvotriten.

**Salomonische Urteile,** bei denen sich der Richter nicht im mindesten den Kopf darüber zerbricht, wie sein Urteil juristisch zu begründen sei, spielen eine Hauptrolle in dem ganz auf dem Individualitätsprinzip aufgebauten englischen Justizverfahren. Der Würzburger Professor Wendelsjohn-Bartholdy führt dafür in seiner vor kurzem bei J. Trübner in Straßburg erschienenen

Schrift „Das Imperium des Richters“ u. a. folgende Beispiele an: Ein Verliebter hat versucht, bei seiner Angebeteten nachts einzudringen, dabei ihren Bruder im Handgemenge verletzt und der zusehenden Polizei Widerstand geleistet. Da aber die Familie der Dame erklärt, daß sie dem jungen Manne nichts nachtrage, entläßt ihn der Richter straflos mit der Aufforderung, da er offenbar überreizte Nerven habe, einmal Ferien zu machen. Ein Schneidermeister verklagt einen Juwelenhändler auf Bezahlung eines Anzugs, der Verklagte behauptet u. a., der Anzug sei zu eng; der Richter, dem das Aussehen des Mannes verdächtig vor-kommt, befiehlt ihm, sich sofort zu entkleiden und konstatiert, daß der schlechte Sitz von vier Wohlhembden herrühre, die der Verklagte übereinander angezogen hat, worauf er sofort, ohne daß seine Zeugen gehört werden, schon wegen seines Betrugsverfuges verurteilt wird. Ein Ankläger — in England werden bekanntlich fast alle Verbrechen von Privaten verfolgt, der Staatsanwalt hat einen ganz minimalen Wirkungskreis — hatte herausgeschmuffelt, daß zwei Ehegatten sich getrennt und ohne Scheidung von neuem verheiratet hatten; aber da es sich herausstellte, daß alle vier fast glücklich miteinander leben und niemand von dem Fall etwas erfahren hätte, so entläßt er das Paar straflos und billigt dem Ankläger nicht einmal Ersatz seiner Kosten zu, so daß dieser mit langer Nase abziehen muß und gewiß nicht so bald wieder denunglückteren wird.

**Wie lange sind 4 Minuten?** Diese Frage wurde in dem Gerichtshof eines Ortes der westlichen Staaten Amerikas aufgeworfen und aufs Geringste geprüft. Ein Mann hatte eine Eisenbahngesellschaft verklagt und behauptet, daß Funken aus der Lokomotive ihm sein Haus in Brand gesetzt hätten. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung, da, wie durch einwandfreie Zeugen festgestellt wurde, die Zugangsstellen beim Ein-fahren in den Bahnhof das Feuer schon bemerkten, trotzdem erst 4 Minuten vom Passieren des Hauses bis zur Station verstrichen waren. Mithin, führte der Verteidiger aus, müßte das Feuer schon vorher geblüht haben, da unmöglich in der kurzen Zeit von 4 Minuten ein solcher Brand angefaßt werden könne. Der klägerische Anwalt widersprach dem und argumentierte, daß, wenn ein junger Mann mit seinem Schatz auf dem Sofa säße und mit ihr 4 Minuten allerdings in Windeseile verflöge, wenn aber ein glühender Funke auf ein durch die Hitze des Sommers ausgetrocknetes Schindeldach falle, dies sehr wohl in derselben kurzen Zeit zu einem großen Brande führen könne. Hierauf zog er die Uhr, übergab sie einem Geschwornen und bat, genau anzugeben, wann die Zeit von 4 Minuten verstrichen sei. Richter, Geschworne und Zuschauer sahen gespannt auf den Geschwornen mit der Uhr. Dann wurde ihnen die Sache langweilig und sie lehnten sich bequemer im Stuhl zurück. Der Mann mit der Uhr hatte die Hand erhoben, um schnell das Zeichen geben zu können, ließ sie aber bald ermüdet wieder sinken. Jeder zog seine eigene Uhr und starrte auf das Zifferblatt, die Anwälte traten von einem Fuß auf den andern und ließen die Blicke geistesabwesend in die Weite schweifen. Der Türhüter kam herein, um nach der plötzlichen Stille zu forschen, und blieb erstaunt und geduldig an der Tür stehen, um das Ende der sonderbaren Scene abzuwarten. Der Vertreter des Königs öffnete kostbare 4 Minuten seiner Zeit, aber es machte sich bezahlte. Als endlich der Uhrmann das Zeichen gab, atmete alles erleichtert, wie von einem Druck befreit, auf, und jeder glaubte, mindestens die dreifache Zeit müßte verstrichen sein. Darin aber waren alle einig, daß in Zeit von 4 Minuten große Ereignisse stattfinden können, mithin auch ein Haus in Brand geraten kann. Die Eisenbahngesellschaft wurde darauf zu 15 000 Dollar Schadenersatz verurteilt.

### Aus dem Geschäftsverkehr.

**Die Muskelfleisch- und Knochenbildung der Säuglinge** wird durch die Ernährung mit „Kufete“ und Milch in günstiger Weise beeinflusst, so daß das Körpergewicht in normaler Weise zunimmt. Mit „Kufete“ ernährte Kinder sind ruhig, leiden nicht an Blähungen, haben gesunden Schlaf, guten Appetit, geregelte Verdauung und ge-beihen in jeder Weise vorzüglich. 5129

# Ueber Haemacolade

äußert sich in einem wissenschaftlichen Gutachten vom 26. Oktober 1908 Herr Professor Dr. A. Junghahn, Privat-Dozent a. d. Königl. Technischen Hochschule, Berlin:

Durch analytische Untersuchung, sowie eingehende Besichtigung der Fabrikation habe ich festgestellt, dass HÆMACOLADE aus besten, einwand-freien Rohmaterialien erzeugt wird, welche auf maschinellem Wege sorgfältig und mit peinlicher Sauberkeit gemischt werden.

Im Vergleich zu dem niedrigen Preise zeichnet sich das Präparat durch seinen bedeutenden Gehalt an Kohlenhydraten, blutbildendem Hämoglobin, Eiweiß- und Fettstoffen vor vielen ähnlichen Produkten vorteilhaft aus, und ist seine Zusammensetzung insofern als eine sehr zweckmässige zu bezeichnen, als es alle für eine intensive Ernährung des menschlichen Organismus erforder-lichen Verbindungen im geeigneten Verhältnis in sich vereinigt, während es andererseits frei ist von allen schädlichen Substanzen, aromatischen und medikamentösen Zusätzen.

Die feinkörnige Beschaffenheit des Präparats macht es geeignet zur schnellen und bequemen Bereitung von Getränken aller Art.

Infolge des hohen Nährwertes sowie der leichten Verdaulichkeit ihrer Bestandteile und insbesondere auch ihres Wohlgeschmackes wegen stellt Haemacolade somit eine äusserst wirksame und bekömmliche Kraftnahrung zu dauerndem Gebrauche dar, wie es ja auch durch die mir in grosser Zahl vor-gelegten ärztlichen Original-Gutachten bestätigt wird.

**Prof. Dr. A. Junghahn**  
Privat-Dozent a. d. Königl. Techn. Hochschule  
Berlin.

H12

# Hausfrauen!

Ein Versuch genügt, um sich davon zu überzeugen, dass van den Bergh's „Clever Stoiz“ und „Vitello“ die einzigsten Margarine-Marken sind, die in Geschmack und Aroma bester Naturbutter gleichstehen. ☐

Van den Bergh's Margarine G. m. b. H., Cleve. ☐



Vorlangen Sie  
nur Pilo.

1971

# Arbeits-Rosen

für jeden Beruf eigne Fabrikation

Stärkste Härte  
Tadelloser Schnitt  
Vorzügliches Passen  
Vielseitige Auswahl

empfehl  
**G. Gehse**

1727  
Nur  
neben  
dem  
Wilhelm-  
Theater

14 Johannisstraße 14.

Die Sanitätswagen der Feuerwehr wurden am Sonntag und Sonntagvormittag in Anspruch genommen.

Eine zeitgemäße soziale Maßnahme, die in den letzten Jahren bereits in einer Reihe größerer deutscher Städte vorgenommen wurde, die Umwandlung des Freibiers der Brauereien in Geldlohn, ist nach dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1907 auch in Heilbronn a. N. getroffen worden.

Wilhelm-Theater. Die erste Aufführung von „Die Dollarprinzessin“ ist bestimmt am Freitag dieser Woche.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 24. Oktober.

Table with 2 columns: Mitgliederbestand am 31. Oktober and Krankenbestand am 31. Oktober. Includes sub-rows for male and female members and patients.

Kleine Chronik.

Die Preissträger im Bennettfliegen. Das Preisgericht zur Entscheidung über die Zuerkennung der Preise in der am 11. Oktober veranstalteten Ballonwettbewerb um den Gordon-Bennett-Preis der Luft ist am Sonntag zusammengetreten.

Lebendig verbrüht. Einen qualvollen Tod hat das dreijährige Söhnchen des Arbeiters Dähms in Ritzdorf gefunden.

Stürzte der Knabe, der in der Nähe des Herbes gespielt hatte, in die siedende Flüssigkeit und starb nach wenigen Minuten.

Die beraubte Bahnhofs-Kasse.

In der Nacht zum Sonntag ist die Kasse der Güterabfertigung des Bahnhofs in Bremen um 24 000 Mark beraubt worden.

Liebesdramen.

Durch fünf Revolverschüsse wurden in Berlin in der Nacht zum Sonntag die Bewohner des Hauses Alte Jakobstraße 92 in Aufregung versetzt.

Bier Arbeiter totgefahren.

Im Boreleitunnel bei St. Warzshausen wurden am Sonnabend nachmittags vier Rotenarbeiter von einem Zug überfahren und sofort getötet.

Die Schmuggler an der holländischen Grenze. Das Urteil in dem großen Schmugglerprozess, der das Landgericht in München-Gladbach seit einer Reihe von Tagen beschäftigt, wurde am Sonnabend gefällt.

Eine niedergebrannte Stadt.

Eine gewaltige Feuersbrunst, durch die eine ganze Stadt im Gouvernement Ufa in Schutz und Asche gelegt wurde, hat in Südrussland gewütet.

Maffeneinbruch.

Nach 2tägiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer in St. Laß den beschuldigten Ein- und Ausbrecher Albrecht Raab, der in mehr als 60 holländischen Orien Einbruchdiebstähle verübt hatte, zu 15 Jahren Zuchthaus.

Reichs-Kalender.

Frohse. Volksvereinsversammlung Dienstag den 3. November, abends 8 Uhr, bei R. Heinemann.

Vermerken. Arbeiter-Landesverein Braunschweig. Turnstunden jeden Dienstag und Freitag, der Turnabteilung jeden Montag. Die Versammlung findet jeden ersten Samstag im Monat statt.

Marktberichte.

Magdeburg, 31. Okt. (Mittliche Preise.) Die Notierungen beziehen sich für 1000 Kilo netto ad Station und frei Magdeburg.

Magdeburg, 31. Okt. Die heutigen Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen 22,00-25,00, Speisebohnen (weiße) 22,00 bis 24,00.

Wasserstände.

Table with columns: Instrument und Saale, 31. Okt., 1. Nov., 30. Okt., 1. Nov. Lists water levels for various locations like Straßfurt, Weißenfels, etc.

Schönebeck. Reichshalle. Schönebeck.

Volksversammlung am Mittwoch den 4. November, abends 8 Uhr. Thema: Die Frauen und die Politik.

Referent: Frau Minna Vollmann (Halberstadt). Diese Versammlung, welche für Frauen sehr interessant ist, sollte keine Frau zu besuchen veräumen.

Leihhaus M. Korn. Kaufe Kanarienvögel und -weibchen. Preisliste: 3,00, 3,50, 4,00, 6,00 Mk.

Carl Behnert Nachf. Reparatur-Werkstatt. Seidel & Naumann Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Udo Becker. 50 Halberstädter Straße 50. Kolonialwaren, Farben, Spirituosen. 10% Rabatt auf fast alle Waren.

Altes Gold u. Silber. Kauf- und Verkauf. R. Quindt, Altm. W. Hohendorferstr. 23.

Lemsdorf. Glücklichwünsch. Unserem Vater Adolf Nuthmann die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag.

Marie Steffen in Dreiermann-Höhne, heftig geb. Oberhof, 61 J. 2 M. 20 J. Lehrer Otto Schulze mit Anna Göde, Hildegard, E. des Arbeiters Karl Müller.

Geburten: Wilhelm, S. des gepr. Lokomotivheizers Wilh. Voigt. Paul, S. des Buchbinders Otto Hencke.

Todesfälle: Witwe Auguste Wörich geb. Gröhler, 65 J. 10 M. 6 T. Arbeiterinvalide Karl Diebe.

Geburten: Walter, S. des Arbeiters Paul Lott. Ernst, S. des Formers Walter Wode.

Todesfälle: Ernst, S. des Schlossers Walter Brey. Todesfälle: Ernst, S. des Schlossers Heinrich Spangenberg.

Geburten: Otto, S. des Fr. Franz Köhler. Frida Ella, S. des Arbeiters August Bornmann.

Geburten: L. des Kaufmanns Theodor Weinert. S. des Kaufmanns Bernhard Linderdorfer.

Geburten: L. des Kaufmanns Theodor Weinert. S. des Kaufmanns Bernhard Linderdorfer.

Geburten: L. des Kaufmanns Theodor Weinert. S. des Kaufmanns Bernhard Linderdorfer.

Appetitlich, nahrhaft und bekömmlich. „Siegerin“ und „Mohra“. die aus feinsten landwirtschaftlichen Produkten, welche einer ständigen staatlichen Kontrolle unterliegen, hergestellt werden.

Die Entfernung der Sätowierung. Obige Broschüre versendet gegen Einsend. v. 20 Pfg. in Briefen. Max Edler, München D 30, Müllerstraße 54.

Kakao garantiert rein 95 Pfg. Putz u. Damenschneiderei. M. Landsmann, Lützowstr. 16. I.

Alexandria-Zigaretten! Spezialmarken für verwöhnteste Zigarettenraucher: Piccadilly-Club, Fiametta, Tertia, Quarta, Quinta.

Alexandria, Dresden. Filiale Magdeburg: Fr. Vocke, Gitschiner Str. 1.



Erscheint 3 mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 3 mal wöchentlich



Abzahlungsgeschäfte. Auf Credit. Möbel, Betten, Polsterwaren

größt. Geschäft d. Art a. Platze S. OSSWALD Warenkreditgeschäft, Magdeburg, alte Ulrichstr. 14.

Lebau, Herm. Breitenweg 127, I. Ecke Schrotdorf Str. 106. Steverling, H., Jacobstr. 17 I.

Alkoholfreie Getränke. Schulz, O., Min.-W., Ottenbergstr. 23. Trinkt Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk. C. F. Schulz

Bäcker u. Konditorien. Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

Besthorn, R., Knochenhauerf. 23. Blume, Willy, Dorothienstr. 6. Bodenbrug, Ernst, Fermersleben. Dannehl, W., Lübecker Str. 106.

May, Edm., Buck., Coquisstr. 18. Müller, P., Lübecker Str. 15. Bol, Adam, Lübecker Str. 31.

Voigtländer, Carl, Ed. Warnken, Joh., Johannisfahrt. 2. Weber, P., Morgenstr., Eck. Heinr. Wolfenfeld, W., Sud., Lemsd. Weg 4.

Drogen u. Farben. Adler-Drogerie Aschersleben. Albrecht, P., Lübecker Str. 17. Bethke, A., Spez.: Bohnermasse.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Berheine & Grahn, Gr. Diesd. Str. 23. Döck, Adolf, Halberstädter Str. 104. G. Ottersleben, Frankstr. 71.

Schmidt, F., Lemsd. Wanzl. Str. 2. Müller, P., Lübecker Str. 100. Schrader, Walter, Berliner Str. 8.

Friseur, Barbier. Bester, Otto, Bernburger Str. 1. Ferchland, Karl, Moldenstr. 15.

Galanterie- u. Luxuswaren. Kloß, L., Schönebeck, Salzerstr. 10. Tamborini, Alex., Alte Ulrichstr. 4/5.

Garten, Teppiche. Müller, O., E. Georgenstr. 6, Kutscherstr. 7.

Gelegenheits-Käufe. Rosenthal, Rud., Tischlerkrugstr. 5. Getrag, u. neue Herren Garderobe.

Haus- u. Küchengeräte. Ehlken, A., Burg, Jacobstr. 19/21. Drucker, M., Burg.

Herrn-Artikel. Diederich, P., Breitenweg 227. Grimm, Otto, Jacobstr. 16.

Herrn-Garderobe. Busch, Arthur, Westerhüsen. Bick, D. & Co., N., Lübecker Str. 113.

Leis, August. Läden in allen Stadtteilen. Marr, Friedr., Lübecker Str. 104.

Fische u. Delikatessen. Reuter, Th., Neustädter Str. 25b. Mendel, A., Hohe-Pforte-Str. 19.

Fleischerei. Arnold, Otto, Frese Str. 21. Berthel, Bruno, Schwibbogen 3.

Kohlen, Holz, Grudekoks. Scheel, A., Halberstädter Str. 85. Wietz, H., Wasserkrugstr. 110.

Kolonialwaren. Bartek, Jul., Neustädter Str. 29/30. Benceke, Neue Str. 16, Klosterg. 6.

Kolonialwaren. Bartek, Jul., Neustädter Str. 29/30. Benceke, Neue Str. 16, Klosterg. 6.

Hennig, Paul, Am Weinhof 10/11. Herrmann, C., Sud., Helmstr. Str. 25. Hofmann, Marie, Kurfürst-Str. 25.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Naberl Th., Stabf., Hamsterstr. 5. Oppermann, W., Halberstr. Str. 36. Pätz, Carl, Sudenburger Str. 1.

Möbel-Magazine. Boncke, W., a. u. n. Tischlerkrugstr. 27. Brodmann, E., N., Lüb. Str. 99.

Goltze, H., Apfelstr. 10. Göthling, R., Schmidtstr. 48, Espr. 4548, Möbel-Fabr. m. elekt. Betr.

Lorenz, Fr., Peterstr. 17. Spezial-Möbel-Haus. Mehncke, Tischlerei, Marstallstr. 7.

Obst- u. Grünwaren. Blumenhahl, Louis, Noust. Str. 20b. Bode, W., Buck., Sudenb. Str. 4.

Kowatzek, Eduard, Buckau, Thiemstr. 15. Ladwig, H., Knochenhauerf. 62.

Schmidt, Albert, Breitenweg 7-8. Walter, A., Breitenweg 170. Papier- u. Schreibwaren.

Sarg-Magazine. Berger, Carl, Schöneb. Str. 16. Ebert, Ernst, Siverstorstr. 56.

Schuhwaren. Albrecht, A., Endelstr. 8. Anders, Auguste, Benneckenbeck.

Aug. Schmidten, Aschersleben Nur Taubenstr. 6. Dietmann, Wilh., Staffart.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Lehmann, Wilh., Westerhüsen. Letz, Wilh., Siverstorstr. 21. Her, Alb., Buck., Grusonstr. 13.

Lorenz, Fr., Peterstr. 17. Spezial-Möbel-Haus. Mehncke, Tischlerei, Marstallstr. 7.

Obst- u. Grünwaren. Blumenhahl, Louis, Noust. Str. 20b. Bode, W., Buck., Sudenb. Str. 4.

Kowatzek, Eduard, Buckau, Thiemstr. 15. Ladwig, H., Knochenhauerf. 62.

Schmidt, Albert, Breitenweg 7-8. Walter, A., Breitenweg 170. Papier- u. Schreibwaren.

Sarg-Magazine. Berger, Carl, Schöneb. Str. 16. Ebert, Ernst, Siverstorstr. 56.

Schuhwaren. Albrecht, A., Endelstr. 8. Anders, Auguste, Benneckenbeck.

Aug. Schmidten, Aschersleben Nur Taubenstr. 6. Dietmann, Wilh., Staffart.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.

Hauschlecht. Behrend, A., Fmsrl., Mahrenhlzst. 1. Bernhard, G., Alt. Fischerufer 18.



Grundfragen wurde nach längerer Diskussion zugestimmt. Ueber die Wohnungsforderung referierte der Genosse Huhmanns. Er fordert die Revision des Gesetzes über die Errichtung von Arbeiterwohnungen. Diese von den Kommunen errichteten Häuser sollen in Zukunft nicht mehr zu verkaufen, sondern nur zu vermieten sein. Die kapitalistische Entwicklung zwingt die Arbeiter, ihren Wohnsitz häufig und meist sehr plötzlich zu verändern. Das könne der proletarische Besitzer eines Hauses weniger schnell, oft gar nicht oder nur unter großen Verlusten. Häufig beuten die Inhaber solcher Häuser die Untermieter aus. Um die nötigen Gelder zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zu erhalten, schlägt Huhmanns die Erhebung einer Wertzuwachssteuer vor. Seine Beschlüsse werden nach kurzer Diskussion angenommen. Bezüglich der Schulartzfrage wurde den Forderungen des Dr. Ensch zugestimmt, der eine eingehende individuelle Untersuchung und ständige Ueberwachung des Gesundheitszustandes aller Schulkinder verlangt. Nachdem noch eine Resolution angenommen ist, in der die Ausdehnung des Gewerbevertragsgesetzes auf die Angestellten, Kaufleute, Reisenden usw. gefordert wird, werden die Beratungen geschlossen.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 2. November 1908.

#### Mieter und Beamte — „politische Lumpensammler“.

Den Herren Wolff und Meinde muß recht bange sein um den Sieg der Bürgerlichen bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in der Altstadt, denn diese beiden Führer der Freisinnigen, diese Männer mit der „voll und ganzen“ liberalen Bestimmung, bettelten am Sonntag um die Stimmen der Reichsverbändler und der Wertvereine.

In der „Reichshalle“ waren sie versammelt, Claus war Vorsitzender, und Sturzebecher hielt das einleitende Referat, ungefähr so: Wir reichstreuen Arbeiter und die Mitglieder der Wertvereine wollen uns an der Wahl beteiligen. Trotzdem wir stark sind, haben wir kein eignes Mandat beansprucht, wir unterstützen das Bürgertum, aber nicht die Mieter und Beamten, sondern die vom Städtischen und Bürgerverein. Wird sind an die Herren herantreten, und sie haben uns versprochen, unsere Wünsche zu erfüllen. Auch der Mieterverein und der Beamtenverein haben mit uns unterhandelt, aber sie wollten von uns niemand auf die Liste nehmen. Was sind nun unsere Wünsche? In den städtischen Betrieben herrscht eine große Mißwirtschaft. Nationale Arbeiter können da nicht arbeiten. Sie werden wohl eingestellt, aber dann kommt ein rot organisierter Arbeiter und fragt nach dem Verbandsbuch; ja es geht so weit, daß die Gewerkschaftsbeamten die Freiheit haben, in den städtischen Betrieben die Wähler zu revidieren. Und wer nicht in einem roten Verband ist, der liegt in 2 Stunden draußen oder er bekommt Pfahel. (1) Das ist früher öfter passiert. Dieser Terrorismus muß beseitigt werden, Herr Draggemann hat auch zugestimmt, für Ordnung zu sorgen, diese Herren müssen wir schon deshalb unterstützen, ganz abgesehen von unserer nationalen Aufgabe.

Dann erhielt Herr Stadth. Wolff II das Wort: Er sei erkrankt, daß die Stadtverordneten von den Zuständen, wie sie Herr Sturzebecher geschildert habe, noch nichts erfahren haben. Ist es aber so, so glaube er im Namen aller bereits gewählten und der noch zu wählenden Stadtverordneten die Erklärung abgeben zu können, daß sie diese Vorherrschaft der sozialdemokratischen Organisationen beseitigen werden und daß auch die nationalen Vereine berücksichtigt werden. Dann gab Redner eine Charakterisierung der gegnerischen bürgerlichen Vereine: Mieterverein, Beamtenverein, Gastwirte, Schutzverein für Handel und Industrie und Sozialliberaler Verein. Vom letzteren, besonders vom Oberlehrer Schlämer, gehe alles Böse aus, weil er kein Mandat erhalten habe. Aber das war unmöglich, der Städtische Verein habe bei einer früheren Gelegenheit das Versprechen gegeben, einen sozialliberalen Arbeiter auf die Liste zu nehmen, aber Herr Oberlehrer Schlämer sei doch kein Arbeiter. (Große Heiterkeit.) Und so, meine Herren, sind Sie durch die Sozialliberalen um ein Arbeitermandat gekommen. Und dann die Beamtenkandidaturen! Das ist eine listige Weisheit. Früher hatten wir drei Beamte gewählt. Alle drei wurden von hinten herum gemachregelt oder nicht bestätigt und so kam es diesmal wieder kommen. Man könne das den Behörden auch garnicht verübeln; wie leicht können z. B. bei einem Eisenbahnbeamten die Interessen des Bahndienstes mit der Tätigkeit für die Stadt kollidieren. Ein Mieterverein sei in Magdeburg am allerwenigsten nötig, denn hier haben die Hausbesitzer ihr Privileg nie mißbraucht oder ausgenutzt. Aber durch die Tätigkeit dieses Vereins könnten die Hauswirte erst auf ihre Macke aufmerksam werden. Die Gastwirte seien durch die Sozialdemokratie genügend vertreten und Herrn Sandquiß finde man bei jeder Wahl in einem andern Verein.

Der Kampf wird diesmal heiß werden, deshalb wenden wir uns an Sie. Sie haben begriffen, daß es keinen Unterschied zwischen Arbeiter und Unternehmer gibt, keine Gegensätze; wir alle sind Staatsbürger und sind vor der Verfassung alle gleich. Aber wir sind auch national und schon deshalb müssen Sie mit uns gegen die Sozialdemokratie stehen! (Beifall.)

Rechtsanwalt Pistorius: Als Syndikus der Wertvereine wolle er erklären, daß selbstverständlich diese Vereine für die bürgerliche Liste eintreten, aber er müsse doch nachdrücklich betonen, daß in Zukunft seinen Vereinen auch eine listige Kandidatur zugestimmt werden müsse. (Sehr richtig!) Die Wertvereine bezeichnen sich als unpolitisch, aber er selbst habe wiederholt darauf hingewiesen, daß das nicht der Fall sei. Die Wertvereine treiben Politik schon in der Hinsicht, daß es ihr Hauptzweck ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und zu verdrängen. An die Herren Wolff und Meinde möchte er das Ersuchen richten, auf die Hirsch-Dunderjchen Gewerkschaftler, denen sie ja nahestandenen eingewirkt, damit sie in der Neustadt den Wertvereinskandidaten Warnede unterstützen, dafür werden seine Vereine in Sudenburg den Hirsch-Dunderjchen Kandidaten unterstützen.

Amtsrichter Wein bedauert den Zwiespalt in der Bürgerchaft, man solle den Kampf im bürgerlichen Lager nicht zu heftig führen, damit in der Stichwahl noch eine Einigung möglich sei. In der Neustadt steht die Kandidatur des Wertvereins durchaus nicht ausfallslos, dort seien die Wertvereiner am stärksten und es seien bei Wahlen schon wunderbare Dinge vorgekommen. Einigkeit im Bürgerium sei die Hauptsache.

Schlosser Warnede, der Kandidat für Neustadt, macht die „interessante“ Mitteilung, daß er den Mut gehabt habe, sich aufstellen zu lassen. Er werde den Belästigungen seiner Mitarbeiter und den Anpöbelungen durch die „Volkstimme“ entgegenzutreten wissen. Die übrigen Ausführungen waren so mit „national“ und „Terrorismus“ durchsetzt, daß wir anfangen einzuschlafen. Munter wurden wir wieder bei den Ausführungen des Herrn Meinde. Er stellte sich als Sohn armer Eltern vor, der die Volksschule besucht habe, aber in der „Hochschule des Lebens“ das gelernt habe, was ihn befähigte, eine höhere soziale Stufe zu erklimmen. Sein Arbeiterprogramm habe er im „Central-Anzeiger“ veröffentlicht. Er sei ein Vertreter des Allgemeininteresses. Der Mieterverein und der Beamtenverein verfolgten Standesinteressen, die seien im Mittelalter zeitgemäß gewesen. Jetzt kommen diese

#### Politischen Lumpensammler

mit solchen Dingen daher. Das Programm des Mietervereins ist zu vier Fünfteln sozialistisch. Im Vorstand des Mietervereins habe man auch gegen die Wertvereine Stellung nehmen wollen, aber er — Meinde — habe das verhindert. Sie sehen also, wo Ihre wahren Freunde seien. Durch diese Zersplitterung werden die Geschäfte der Sozialdemokratie gefährdet. Die hätte die

#### Sozialdemokratie so anmaßend, so unverschämte, so frech

auftreten können, wenn das Bürgertum einig gewesen wäre. „Wir müssen sein ein einzig Volk von Wählern, in keiner Not uns trennen und Gesetze!“ rief er dann frei nach Schiller und Bülow aus. Denken Sie an den glorreichen 25. Januar, ich bitte Sie, unterstützen Sie unsere Kandidaten!

Dann sprachen noch Krauer, der 12 Jahre der Sozialdemokratie angehört haben will, und ein gewisser Böllner, der forderte, daß die Reichsverbändler nur ständig auftreten sollen. Das Strafgesetzbuch werde sie gegen den Terrorismus der Roten schützen. Dann wurde eine den Verhandlungen entsprechende Resolution angenommen und die Versammlung erreichte ihr Ende.

Die Ausführungen des Sturzebecher sind ein Proben reichster Kampfesweise gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften. Jeder Kenner weiß, daß die Herren vom Magistrat auf Wortkommisje wie sie Sturzebecher hier zusammenhauert nur warten, um einen Grund zu haben, das Wahlrecht der städtischen Arbeiter abzuwürgen. Es kennzeichnet aber auch die Herren Wolff und Pistorius, daß sie sich den Aufschein gaben, als wenn sie die Sturzebecherischen Angaben ohne weiteres glaubten. Pistorius, als Vertrauensmann der Gelben, und Wolff als Stadtverordneter wissen genau, daß sie von solchen Uebergriffen der freien Gewerkschaftler sofort Kenntnis erhalten hätten, wenn solche Uebergriffe jemals vorgekommen wären. Aber Herr Wolff ist ein Erdbebensplitter von jener Spezies, denn alle Mittel heilig sind, wenn sie nur zum Zwecke führen. So erzählte er selbstgefällig, wie er den Sozialliberalen Verein übers Ohr gehauen habe; wenn ihn darum Herr Oberlehrer Schlämer nicht mehr für verhandlungsfähig halte, so mache er sich daraus nichts. Liberale Bürgermoral! Man kann sich nur wundern, daß diese Leute noch Arbeiter so weit chloroformieren können, daß sie ihren Geizgierigkeit leisten. Immerhin wahr Herr Wolff noch den Anstand, selbst da, wo er für eine Unaufrichtigkeit, eine Fälschung gegen seine Gegner auf Weisungsgehohe rechnen konnte.

Ganz aus dem Hänschen ist Herr Meinde durch seine Kandidatur gekommen. Fast mit Tränen in den Augen klagte er über die furchtbare Arbeit, 18 (in Buchstaben achtzehn) Vereine zu einigen. Dann geht die Geschichte durch den Mieterverein aus dem Leim, und der Lohn für ihn selbst, für eine zehnjährige Tätigkeit im Vorstand des Städtischen Vereins, das Stadtverordnetenmandat, kommt in Gefahr. Und in seiner ohnmächtigen Wut beschimpft er die Beamten, die Gastwirte, die Mieter, den Schutzverband als politische Lumpensammler.

Und diesen Ton der Gasse gegen bürgerliche Gegner schlägt derselbe Mann an, der sich im nächsten Satz über den „Saugerdenton“ der Sozialdemokraten entläßt und die Anhänger dieser Partei als unverschämte und frech bezeichnet.

Dem bürgerlich-freisinnigen Vertreter des Soffenjargons wird die verdiente Antwort von der

#### unverschämten, frechen Sozialdemokratie

am Wahltag gegeben werden. Am Wahltag werden die Unverschämten und Frechen in Magdeburg, in Neustadt und Sudenburg dafür sorgen, daß Herr Meinde auch fernherin Zeit hat, sich ungeführt durch städtische Sorgen über den Saugerdenton der Sozialdemokraten zu entlästen. Wenn

#### „die politischen Lumpensammler“

vom Beamten-, Mieter- und Gastwirteverein und vom Schutzverband auf ihre Weise ebenso handeln, dann wird der freisinnig-reichsverbändlerische gelbe Wahlkäuel auf der Straße bleiben. —

— In den Stadtverordnetenwahlen. Für die dritte Abtheilung in der Neustadt ist von den bürgerlichen Vereinen von der Kandidatur des Vorsitzenden Claus vom Reichstreuen Arbeiterverein wieder Abstand genommen worden. An seiner Stelle kandidiert jetzt der Verzeugschmied Warnede, der sich als Mitglied des gelben Wertvereins vom Krupp-Grusonwerk besonders als — Festredner hervorgetan hat. Ob dieser oder der: an dem wohlverdienten Reinfall wird es nicht fehlen! —

— Eine Stadtverordneten-Sitzung findet, wie wir in der Sonntagnummer bereits mittheilten, am Donnerstag nachmittag im Altkatholischen Rathhaus statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung umfaßt 40 Punkte. Unter diesen sind hervorzuheben: Die Wahl des Haushalts-Ausschusses für das Rechnungsjahr 1909, Gesuch des Verbandes der Magistrats-Unterbeamten zu Magdeburg um Gewährung einer Zeurungszulage, Beihilfe zu den Kosten einer Arbeitslosgenössling, der bereits bewilligte Antrag des Stadtverordneten Rißert sowie eine Anzahl anderer Sachen, Ueberschreitungen u. dgl. —

— Von der Durchführung des Impfschwangs. Der Sattlermeister Kornbittel und zwei andre Handwerker aus Herrmannsburg, die grundsätzliche Impfpflicht haben, hatten ihre impfwilligen Kinder nicht zum vorgeschriebenen Termin impfen lassen und sind deswegen bestraft worden. Der Landrat zu Celle gab ihnen dann durch polizeiliche Verfügung auf, bei Vermeidung der Zwangsvorführung die Kinder unbedinglich impfen zu lassen und den Nachweis der Impfung zu erbringen. Ihre Beschwerden wurden vom Regierungspräsidenten in Lüneburg und vom Oberpräsidenten der Provinz Hannover als unbegründet abgewiesen. Die Herren klagten nunmehr beim Obergericht in Verden. Sie machten geltend, das Reichs-Impfgesetz habe nach seiner Entstehungsgeschichte neben der Bestrafung der unterlassenen Impfung nicht noch die zwangsweise Durchführung der Impfung im Verwaltungswege zulassen wollen. Im übrigen seien sie der Ueberzeugung, daß mit dem Impfen eine Gesundheitsgefahr verbunden sei. Ihr Gewissen habe es nicht zugelassen, dieser Gefahr die Kinder auszusetzen. Das Obergericht wies ab, aber die Klage ab und erklärte die Verfügung des Landrats für zulässig und begründet. Es wurde ausgeführt: Das Reichs-Impfgesetz habe den Impfschwang eingeführt. Das sei entscheidend. Die Kinder seien dem Zwange nur dann entzogen, wenn es sich um eine Gefahr für Leben und Gesundheit handle. Die Kläger hätten nun nicht etwa behauptet, daß ihre Kinder krank seien oder dergleichen, sondern sie hätten sich nur wegen ihrer allgemeinen Auffassung von der Impfsache in ihrem Gewissen bedrängt gefühlt. Die Verfügung habe mit Rücksicht auf den gefährlich eingeführten Impfschwang erlassen werden können. —

### Letzte Nachrichten.

Das Erwachen des Schlafers.

Hb. Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Hier zirkuliert das bestimmte Gerücht, daß der Reichskanzler Fürst Bülow doch noch zurücktreten werde. —

Hb. Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Als Nachfolger Bülow wird in „unterrichteten Kreisen“ der General der Kavallerie v. Mackensen und der Votschafter in Konstantinopel, Marschall von Bieberstein, genannt. — Wie ein Mittagsblatt hürte, ist der Legationsrat Esterhazy derjenige Beamte, der das bekannte Manuskript über die Enthüllungen des Kaisers geprüft hat. Er hat es dem Unterstaatssekretär Stenurich übergeben, der es mit einem Bericht an den Reichskanzler zurückgab. (Siehe den heutigen Leitartikel. Red.) —

Hb. Berlin, 2. November. (Eig. Drahtb. d. „Volkst.“) Nach einem Mittagsblatt hat der französische Votschafter erklärt, er könne die Nachricht nicht dementieren, wonach die französische Regierung dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht habe, in der die Anklagen in dem Interview des Kaisers über die deutsch-französischen Beziehungen behandelt werden. Der Votschafter könne aber auch nicht mit Bestimmtheit sagen, daß eine solche Note abgesandt sei. In der französischen Votschaft herrscht fieberhafte Tätigkeit. Ein Spezialkurier reist heute abend 1/10 Uhr nach Paris ab. —

#### Die Balkanfrage.

\* Petersburg, 2. November. Auf Betreiben Stolypins wird Rußland einer kategorischen Protest gegen die Annexion Bosniens und der Herzegovina erheben. Es erscheint demnach als ausgeschlossen, daß die Konferenz zustande kommt. Jewoloff fügte sich der Politik Stolypins. Seine Stellung bleibt erschlittert. —

Hb. Frankfurt a. M., 2. November. Der „Frankf. Btg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: In ihrer Antwort auf die Einladung zu einem Kongress nimmt die Pforte bedingungsweise einen solchen an, verlangt jedoch, daß das Programm streng beschränkt wird und daß nur zwei Fragen, die Stellung Bosniens und der Herzegovina sowie die bulgarische Angelegenheit verhandelt werden dürfen. Bezüglich Bosniens und der Herzegovina wünscht die Pforte ferner, daß die Signatarmächte in eine Untersuchung darüber eintreten, welchen Beitrag diese früheren türkischen Provinzen zu der allgemeinen türkischen Staatsschuld zu leisten hätten. Beratungen über Kompensationen anderer Staaten sowie über Artikel 61 (Reformen in Armenien) und 23 (Kreta) des Berliner Vertrags werden abgelehnt. —

Hb. Berlin, 2. November. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Aus der Begründung der Reichsfinanzreform ist eine Stelle besonders interessant, in der es heißt, daß aus noch näher zu erörternden Gründen sich die Aufhebung der Fahrkartensteuer und die Verbilligung des Ortsportos für Postkarten auf 3 Pf. rechtfertige. Diese Ermäßigung soll am 1. April 1910 in Kraft treten. Der Anschlag an Einnahmen in der Etatsperiode 1910 bis 1913 würde 22 Millionen betragen. —

#### Briefkasten.

Niederundobeleben. Die Kasse zahlt 26 Wochen Krankengeld, u. noch weitere 13 Wochen als Rekonvaleszent. —

M. Sch., Wulkan. Sprechen Sie wegen der Angelegenheit im Arbeitersekretariat vor. Die Sache liegt nicht ganz einfach. —

#### Wettervorhersage.

Dienstag den 3. November: Teils heiter, teils neblig, milder. —

**Kathreinners Malzkaffee ist bei geistiger und körperlicher Arbeit das zuträglichste tägliche Getränk.**

